25 Jahre Spalterverfassung Seite 8

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 20 vom 18. Mai 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

Brandt - Rücktritt zeigt die Krise des Kapitalismus

Kämpft mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution!

Mit Bettgeschichten und Erpressungsstories will uns die bürgerliche Presse um jeden Preis plausibel machen, daß der Fall Guillaume tatsächlich der entscheidende Grund für den Rücktritt Brandts ist. Aber Brandt stolperte nicht über irgendein Diplomatenflittchen, die Kapitalistenklasse gab ihm den Abschied. Die Bourgeoisie hob Schmidt in den Sattel, der angesichts der sich rapide verschärfenden Widersprüche des kapitalistischen Systems die Ausplünderung der werktätigen Massen noch steigern, die politische Unterdrückung, die Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates beschleunigt vorantreiben soll. So wollen die westdeutschen Imperialisten einerseits trotz aller Krisenerscheinungen Maximalprofite aus den Werktätigen herauspressen, andererseits den wachsenden Kämpfen der werktätigen Massen begegnen.





Die unterdrückten Völker und die internationale Arbeiterklasse werden dem Imperialismus den Todesstoß versetzen

Aber es sind nicht die Imperialisten, die das Heft in der Hand haben. Der Rücktritt Brandts signalisiert wie die Regierungskrisen in den USA, England, Frankreich, Kanada, Italien usw., daß der Imperialismus weltweit in einer tiefen Krise steckt. Diese Krise äußert sich wirtschaftlich in der rasanten inflationären Entwicklung, in Massenpleiten, wachsender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Diese Krise äußert sich in der verschärften Konkurrenz zwischen den Imperialisten, vor allem in der Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft, aber auch beispielsweise in der verschärften Konkurrenz zwischen den westeuropäischen Imperialisten, wie sie gegenwärtig in der sogenannten "Europäischen Gemeinschaft" deutlich in Erscheinung tritt.

Aber entscheidend für die unheilbare Krise des Imperialismus ist, daß auf der ganzen Welt die Kräfte ungeheuer erstarken, die dem Imperialismus den endgültigen Todesstoß versetzen werden: Die unterdrückten, um ihre Befreiung vom imperialistischen Joch kämpfenden Völker und die Arbeiterklasse, die werktätigen Massen in den imperialistischen Ländern, die gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für den Sozialismus kämpfen. An der Seite der um ihre Befreiung kämpfenden unterdrückten Völker und der Werktätigen aller Länder stehen in unerschütterlicher Solidarität die sozialistischen Länder, insbesondere die Volksrepublik China und die Volksrepublik Albanien. Die Hauptendenz in der Welt ist die Revolution und der siegreiche Vormarsch des Sozialismus

Und auch bei uns sind die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen auf dem Vormarsch. Das zeigt sich nicht nur daran, daß die Entschlossenheit und Kraft im Kampf für die Tagesforderungen gewachsen ist, das zeigt sich nicht nur daran, daß die Tageskämpfe einen militanteren Charakter angenommen haben, das zeigt sich vor allen Dingen daran, daß immer mehr Kollegen die Frage nach dem Ausweg aus Ausbeutung und Unterdrückung, aus kapitalistischer Lohnsklaverei stellen.

Fortsetzung auf Seite 2

Es gibt keinen parlamentarischen, friedlichen Weg zum Sozialismus!

„Jetzt kann man überhaupt nicht mehr wählen!" Dieser Satz macht jetzt nach dem Brandt-Rücktritt in den Betrieben die Runde. Viele Kollegen, die bislang noch glaubten, bei den Wahlen könnten sie sich wenigstens zwischen der „offenen Reaktion" und dem „kleineren Übel der Brandt-SPD" entscheiden, haben jetzt diese parlamentarischen Illusionen verloren. Immer häufiger kreisen die Diskussionen der Kollegen um die Frage, wie es weitergehen soll. Und immer häufiger fällt der Satz: „Jetzt müssen die Kommunisten ran!"

In dieser Situation treten die modernen Revisionisten betont offensiv auf. Sie halten sich nach dem Brandt-Rücktritt nicht mehr im Hintergrund wie noch im April 1972, als sie bei dem Mißtrauensantrag der Unionsparteien gegen die Brandt-Regierung zur „Solidarität mit Brandt gegen das Rechtskartell" mobilisierten. Jetzt versuchen sie verstärkt, die D„K"P als „Partei der Arbeiterklasse" zu propagieren, um sich der starken Tendenz der schwindenden parlamentarischen Illusionen in der Arbeiterklasse entgegenzustemmen, den revolutionären Drang der Arbeiterklasse zum Sozialismus in reformistisch-parlamentarisches Fahrwasser zu lenken. So endet die Erklärung des D„K"P-Präsidiums zum Brandt-Rücktritt mit dem Satz: „Je stärker die DKP, um so besser für alle, die Frieden, Demokratie, und sozialen Fortschritt wollen." Am 10. Mai erschien das D„K"P-Blatt UZ mit der Schlagzeile: „Nach dem Brandt-Rücktritt: Arbeiterforderungen gegen Rechtskräfte durchsetzen!"

Konzentriert präsentiert die D„K"P jetzt ihre sogenannten „Reformvorschläge" – von der „Erhöhung der Massenkaufkraft" bis zur „Kürzung des Rüstungsetats", von der „Mitbestimmung" bis zur „antimonopolistischen Demokratie" – um der Arbeiterklasse einzureden, es gäbe eine „wählbare Alternative", es gäbe den parlamentarischen, den friedlichen Weg zum Sozialismus. Denn vom Sozialismus werden diese Verräter am Kommunismus jetzt verstärkt reden. Sie wissen, daß sie ihre Aufgabe, als Agentur der Kapitalistenklasse in der Arbeiterbewegung die proletarische Revolution zu bekämpfen, die Arbeiterklasse an den Kapitalismus zu ketten, nur erfüllen können, wenn sie in ihrer Demagogie hinter dem vorwärtsstürmenden spontanen Drang der Massen zum Sozialismus nicht zu weit hinterherhinken. Darum bezeichnen sie in der bereits zitierten Erklärung den Rücktritt Brandts als „Ausdruck für die verschärften Krisenerscheinungen, die durch das kapitalistische Profitsystem verursacht wurden..." Sie reden von der Krise des Kapitalismus und propagieren den parlamentarischen, den friedlichen Weg zum Sozialismus.

Alle Theorien, die darauf hinauslaufen, der moderne Revisionismus würde sich mit der weiteren Verschärfung der Klassenwidersprüche von selbst entlarven, weil die D„K"P nur als „linke SPD" und nicht „kämpferisch genug" aufträte, sind völlig falsch. Die D„K"P wird sich mit der weiteren Zuspitzung der Klassenkämpfe wortradikaler und scheinbar auch „militanter" präsentieren, um zu versuchen, sich an die Spitze dieser Kämpfe zu setzen, um ihnen die revolutionäre Stoßrichtung zu nehmen. **Immer mehr erweist sich die Richtigkeit der von unserer Partei stets vertretenen Auffassung, daß der moderne Revisionismus der Hauptfeind innerhalb der Arbeiterbewegung ist.**

Sein Ziel ist es, die Arbeiterklasse am Beschreiten des einzigen Weges ihrer Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung zu hindern, der proletarischen Revolution, der gewaltsamen Zerschlagung des Kapitalistenstaates und der Errichtung der Diktatur des Proletariats. Darum verbreiten die modernen Revisionisten vor allem die These, dieser Staat habe eine demokratische Verfassung und die Arbeiterklasse könne darum durch Wahlen an die Macht gelangen, um dann durch die Verwirklichung entsprechender Reformen auf friedlichem Wege eine „revolutionäre Umwälzung" zum Sozialismus herbeizuführen.

Natürlich leben wir momentan in der Bundesrepublik nicht unter einer faschistischen Diktatur. Aber wir leben auch nicht einfach in einer „Demokratie". **Es gibt nämlich keine über den Klassen stehende Demokratie.** Diese sogenannte Demokratie ist eine bürgerliche Demokratie, eine Demokratie der Kapitalisten und damit nur eine besondere Form der Diktatur der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse und alle Werktätigen. Lenin sagt dazu: **„Die bürgerliche Demokratie, die im Vergleich zum Mittelalter ein gewaltiger historischer Fortschritt ist, bleibt stets – und im Kapitalismus kann es gar nicht anders sein – eng, beschränkt, falsch und verlogen, ein Paradies für die Reichen, Falle und Betrug für die Ausgebeuteten, die Armen."** (Werke Bd. 28, S. 241).

Denn wodurch ist die bürgerliche Demokratie gekennzeichnet? Genosse Agim Popa, Professor für marxistisch-leninistische Philosophie in der Volksrepublik Albanien, hat in seinem hervorragenden Aufsatz „Demokratie und Diktatur im Sozialismus" 5 Merkmale der bürgerlichen Demokratie analysiert, aus denen eindeutig hervorgeht, daß auch unter den Bedingungen der bürgerlichen Demokratie die Arbeiterklasse nicht auf parlamentarischem Wege an die Macht gelangen kann, sondern daß die Diktatur der Kapitalistenklasse auch dann durch die proletarische Revolution gewaltsam zerschlagen werden muß, wenn sie im Gewand der bürgerlichen Demokratie auftritt.

1. Die bürgerliche Demokratie dient wie jeder kapitalistische Staat der Aufrechterhaltung der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse. Lenin schreibt dazu: **„Die Ausbeuter verwandeln den Staat unweigerlich in ein Werkzeug der Herrschaft ihrer Klasse, der Ausbeuter über die Ausgebeuteten. Darum wird der demokratische Staat, solange es Ausbeuter gibt, die über die ausgebeutete Mehrheit herrschen, unvermeidlich eine Demokratie für den Ausbeuter sein."** (Werke Bd. 28, S. 219).

Fortsetzung auf Seite 2

Aus dem Inhalt:

Kommentar

Ostpolitik verschärft Kriegsgefahr!

Der "Friedenskanzler" ist gegangen. Doch nicht, ohne sich vorher noch einmal richtig moralisch zu entrüsten über das Schlechte in der Welt, darüber, daß ihm, der "Entspannung" wollte, mit einem Agenten aus Moskau geantwortet worden ist. Eine Tragödie? – Schauspielerei auf jeden Fall: Denn in Wahrheit ging da kein moralisch verdrossener Kanzler ab, sondern ein Betrüger, dessen Betrug entlarvt ist.

Der "Fall Guillaume' zeigt klar, daß die sowjetischen Sozialimperialisten eine aggressive Supermacht sind, daß es mit ihnen niemals Entspannung gegeben hat, daß die "Friedenspolitik" in Wahrheit die Kriegsgefahr erhöht hat, daß das alles ein Lügengebäude aus Moskau und Bonn war, um den imperialistischen Schacher zwischen den sowjetischen Sozialimperialisten und den westdeutschen Imperialisten zu tarnen.

Chruschtschow und Breschnew haben die Sowjetunion zu einer sozialimperialistischen Supermacht gemacht, deren Ziel es ist, Herr über den gesamten Erdball zu werden. Seither versucht die sowjetische Führung, ihre Position in Europa auszubauen. Sie ringen mit dem US-Imperialismus, um ihm seinen Einflußbereich Westeuropa abzunehmen. Gerade Westdeutschland hat als die Hauptbastion des US-Imperialismus in Westeuropa große Bedeutung für die US-Imperialisten. Nicht nur, weil es unmittelbar an den Herrschaftsbereich des Sozialimperialismus angrenzt, sondern darüber hinaus, weil Einfluß auf Westdeutschland auch heißt, einen Brückenkopf zu den anderen westeuropäischen Imperialisten zu erhalten.

Die westdeutschen Imperialisten ließen sich gern ködern: Sie hoffen, die Rivalität zwischen den beiden Supermächten in Europa für sich ausnutzen zu können, um ihren revanchistischen Durst zu stillen: Westberlin sich endgültig einzuverleiben, Ansprüche auf die DDR geltend zu machen und den Friedensvertrag unter den Teppich zu kehren.

Der Schacher hat stattgefunden. Die Folge ist, daß sich die Gefahr eines neuen Weltkrieges ausgehend von Westeuropa verschärft hat: Die Sozialimperialisten haben über Westdeutschland ihren Einfluß in Westeuropa verstärkt, treten – wie der Fall Guillaume und ihre gesamte Politik beweisen – immer frecher und aggressiver auf und fordern den US-Imperialismus immer offener zum Kräftemessen auf.

Von den westdeutschen Imperialisten geht zwar nicht die Hauptgefahr eines neuen Weltkrieges aus, aber auch sie melden – durch den Schacher ermutigt – immer lauter ihre aggressiven Ansprüche an. **Es war die Aufgabe Brandts, das "Friedensspektakel" zu inszenieren, das die westdeutschen Imperialisten zur Tarnung ihrer machthungrigen Politik brauchten.** Die Sozialdemokratie mit Brandt an der Spitze wurde in die Regierung geholt, um als "Alternative" zur Adenauer-Politik des "kalten Krieges" nun mit Friedenstiraden die westdeutsche Revanche- und Expansionspolitik fortzuführen.

Die westdeutschen Imperialisten brauchten einen Mann wie Brandt, der dreist behauptete, er sei Antifaschist gewesen. Ein solcher Mann konnte in Moskau revanchistische Händel gegen das polnische Volk abschließen und sie als Aussöhnung ausgeben, indem er vor dem Denkmal für Opfer des Nazifaschismus auf die Knie ging. Er konnte in der Rolle des Friedensmannes den Einfluß des westdeutschen Imperialismus vorantreiben. Er konnte in der Rolle des "friedlichen und einigenden Europärs" die Stellung des westdeutschen Imperialismus in der EG ausbauen.

Die D'K'P-Revisionisten haben von Anfang an diesen Betrug unterstützt. Sie haben Brandt mit Lorbeeren versehen und die dicksten Lügen aufgetischt, um das Volk zum Stillhalten zu bringen. "Ostverträge sichern Frieden" hieß jeder erste Satz bei ihnen. Wo ist dieser Frieden? Gestärkt durch den Schacher mit Bonn stehen die sowjetischen Sozialimperialisten drohender denn je am Horizont, rüsten wie wahnsinnig auf und bereiten sich auf einen Aggressionskrieg vor!

"Ostverträge führen zur Abrüstung' – noch nie ist in Westdeutschland so aufgerüstet worden, wie unter dem Mantel der Brandtschen Friedenspolitik. Und die Sozialimperialisten haben immer mehr Atomraketen, immer neuere und umfassendere Waffensysteme an der Grenze zu Westeuropa aufgebaut.

Es waren und sind niederträchtige Lügen, die die Revisionisten aufgetischt haben, um die fortschrittlichen Kollegen, die den Sozialismus und Frieden wünschen an den Imperialismus zu ketten – und nicht zuletzt auch, um die Machenschaften des Sozialimperialismus zu vertuschen.

Kanzler Brandt mußte gehen. Die westdeutschen Imperialisten brauchen den "Mann des Friedens und der Reformen", dem kaum noch jemand glaubte, nicht mehr. An seine Stelle soll ein Mann treten, der ohne den "Mythos des Friedenskanzlers" offener auf die eigenständigen Interessen und Ansprüche des westdeutschen Imperialismus pocht: Der jetzige Finanz- und frühere Kriegsminister, Schmidt.

Die modernen Revisionisten feilen indes am Heiligenschein des abgehenden Kanzlers Brandt: Er und seine "Friedenspolitik" seien den reaktionären Kräften zum Opfer gefallen. Um zu verhindern, daß die westdeutsche Arbeiterklasse den Kampf gegen den Imperialismus führt, propagieren sie den Kampf gegen das "Rechtskartell" für "Frieden und Sozialismus".

Unsere Partei hat diesen Verrat der modernen Revisionisten von Anfang an konsequent entlarvt, von vornherein die Ostpolitik den Friedensschleier heruntergerissen und den imperialistischen Schacher Moskau-Bonn entlarvt! **Allen Lügen und Manövern der Revisionisten und Opportunisten hat sie die Wahrheit entgegengehalten, daß es zum Frieden nur einen Weg gibt: Den Sturz des westdeutschen Imperialismus in der proletarischen Revolution, die Verjagung aller ausländischen Truppen aus ganz Deutschland – den Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.**

ES GIBT KEINEN FRIEDLICHEN WEG ZUM SOZIALISMUS

Fortsetzung von Seite 1

2. Die bürgerliche Demokratie ist ein bürokratischer Staatsapparat. Auf die einzelnen Gremien dieses Staatsapparates haben die Werktätigen keinerlei Einfluß. Diese Bürokratie ist nichts anderes als das ausführende Instrument der Kapitalistenklasse, durch das diese die Arbeiterklasse unterdrückt. Die eigentlichen Entscheidungen fallen nicht etwa im Parlament. Das bürgerliche Parlament, das Lenin einst treffend als Schwatzbude charakterisierte, macht nur den Willen der Kapitalistenklasse, über den auch in der „demokratischsten" bürgerlichen Demokratie nicht abgestimmt werden kann, zum Gesetz. Wenn die modernen Revisionisten der D„K"P heute das bürgerliche Parlament als Sprungbrett zum Sozialismus hochjubeln wollen, sollte man ihnen entgegenhalten, was Lenin über das bürgerliche Parlament schrieb: **„Das bürgerliche Parlament ist eine (für die werktätigen Massen – RM) fremde Einrichtung, ein Werkzeug zur Unterdrückung der Proletarier durch die Bourgeoisie, eine Einrichtung der feindlichen Klasse, der ausbeutenden Minderheit."** (Werke Bd. 29, S. 246).

Chile: Die Revisionisten waren der Wegbereiter des Faschismus.



3. Die bürgerliche Demokratie ist nur für die Kapitalistenklasse eine wirkliche Demokratie. Für die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen besteht sie nur formal, auf dem Papier. Die im Grundgesetz garantierten Rechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, gleiches Recht auf Bildung usw. gab und gibt es für die Werktätigen in Wirklichkeit gar nicht, auf jeden Fall werden sie höchstens so weit zugestanden, wie sie die Herrschaft der Kapitalistenklasse nicht gefährden. Lenin schreibt dazu: **„Auf Schritt und Tritt stoßen die geknechteten Massen auch im demokratischsten bürgerlichen Staat auf den schreienden Widerspruch zwischen der von der ‚Demokratie' der Kapitalisten verkündeten formalen Gleichheit und den Tausenden tatsächlichen Begrenzungen und Manipulationen, durch die die Proletarier zu Lohnsklaven gemacht werden."** (Werke Bd. 28, S. 245).

4. Die Kapitalistenklasse beherrscht auch unter den Bedingungen der bürgerlichen Demokratie nicht nur direkt den Staatsapparat, sondern auch den gesamten Kulturbereich, durch den sie versucht, die Werktätigen geistig zu versklaven, indem sie ihnen pausenlos durch die Massenmedien, aber auch durch die Schule und andere Institutionen, die bürgerliche Kultur aufzwingt, um sie vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten.

5. Schließlich stützt die Kapitalistenklasse sich auch in der bürgerlichen Demokratie auf ihre bewaffneten Truppen wie Polizei, Bundesgrenzschutz, Bundeswehr. Polizeiknüppel gegen demonstrierende oder streikende Arbeiter – das ist auch bei uns wahrlich keine Seltenheit mehr. Und die Notstandsgesetze sehen ja für den Fall des „inneren Notstandes" – also wenn der revolutionäre Kampf der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger die Herrschaft der Kapitalistenklasse bedroht – den Einsatz der Bundeswehr gegen die Arbeiterklasse vor. Lenin schreibt: **„Es gibt keinen einzigen bürgerlichen Staat, und sei es auch der demokratischste, wo es in der Verfassung nicht Hintertürchen und Klauseln gäbe, die der Bourgeoisie die Möglichkeit sichern, ‚bei Verstößen gegen die Ruhe und Ordnung' – in Wirklichkeit aber, wenn die ausgebeutete Klasse gegen ihr Sklavendasein ‚verstößt' und versucht, sich nicht mehr wie ein Sklave zu verhalten – Militär gegen die Arbeiter einzusetzen, den Belagerungszustand zu verhängen u.a.m.** (Werke, Bd. 28, S. 243).

Wenn die modernen Revisionisten der D„K"P trotz dieser Tatsachen den parlamentarischen, den friedlichen Weg zum Sozialismus propagieren, dann tun sie das nicht, weil diese Tatsachen ihnen unbekannt wären, auch nicht, weil sie etwa Lenin nicht genügend studiert hätten. Das mag vielleicht für viele einfache Mitglieder der D„K"P zutreffen. Die D„K"P-Revisionisten aber propagieren den friedlichen Weg zum Sozialismus, obwohl sie genau wissen, daß es diesen friedlichen Weg gar nicht gibt, daß nur die proletarische Revolution, die gewaltsame Zerschlagung des Kapitalistenstaates, die Errichtung der Diktatur des Proletariats der Arbeiterklasse den Weg ihrer Befreiung aus Ausbeutung und Unterdrückung, aus kapitalistischer Lohnsklaverei weisen. Die modernen Revisionisten propagieren den friedlichen Weg, um die Arbeiterklasse über die Notwendigkeit der proletarischen Revolution zu täuschen. **Sie führen den Sozialismus im Munde, sie nennen sich Kommunistische Partei, aber sie handeln durch und durch als Agenten der Kapitalistenklasse in der Arbeiterbewegung, um den einzigen Weg zum Sozialismus, die proletarische Revolution, zu bekämpfen.**

Sie, die uns die faschistischen Diktaturen in der Sowjetunion oder in der DDR als „Sozialismus" verkaufen wollen, erweisen sich – wie einst die SPD vor 1933 – als Wegbereiter des Faschismus. Während die Bourgeoisie die Faschisierung ihres Staatsapparates vorantreibt, will diese Verräterpartei die Arbeiterklasse mit der Ideologie des friedlichen Weges zum Sozialismus politisch, ideologisch und militärisch entwaffnen. **Die D„K"P – das ist ein Todfeind des Kommunismus und der Arbeiterklasse.**

NIEDER MIT DER D„K"P/„S"EW, DEN SCHLIMMSTEN FEINDEN IN DER ARBEITERBEWEGUNG, DEN VERRÄTERN AM KOMMUNISMUS!

Kämpft mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution!

Fortsetzung von Seite 1

' Reform oder Revolution? ' – auf diese Frage spitzen sich die Diskussionen in den Abteilungen, auf Belegschafts- und DGB-Versammlungen immer häufiger zu. Der Einfluß des Kommunismus und der Kommunistischen Partei, der KPD/ML, wächst.

Denn welche Perspektive bietet der Kapitalismus den Werktätigen? Die Kapitalistenklasse treibt die Faschisierung voran, um sich erneut durch die Errichtung einer offen terroristischen, faschistischen Diktatur gegen die kämpfende Arbeiterklasse an der Macht zu halten. Auf ihrer Jagd nach billigen Rohstoffen und Absatzmärkten rund um den Erdball geraten sich die Imperialisten immer stärker in die Haare. Durch diese verschärfte Konkurrenz der Imperialisten, besonders aber durch die Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft, droht ein neuer imperialistischer Weltkrieg. **Faschismus und Krieg, das ist der "Ausweg" aus der Krise, den die Imperialisten ansteuern und nur die Arbeiterklasse kann das durch die proletarische Revolution verhindern.**

Nicht Brandt, nicht Schmidt, nicht die jeweiligen Geschäftsführer der Kapitalistenklasse bestimmen den Lauf der Geschichte. Die Zukunft liegt in den Händen der Arbeiterklasse. Und diese Zukunft heißt Sozialismus.

"Das Proletariat hat nichts zu verlieren als seine Ketten, aber eine Welt zu gewinnen." Diese Worte von Karl Marx haben volle Gültigkeit. Von diesem verfaulenden, menschenfeindlichen Imperialismus haben die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen nur noch faschistische Knechtschaft und imperialistischen Krieg zu erwarten. Für die Arbeiterklasse, für alle Werktätige gibt es nur einen Weg: Den Weg der proletarischen Revolution, der gewaltsamen Zerschlagung des imperialistischen Staates, der Errichtung der Diktatur des Proletariats. Die Arbeiterklasse muß in der sozialistischen Revolution die politische Macht erobern, dann kann sie das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abschaffen, dann kann sie planvoll, ohne Krisen die Produktion entwickeln und den Sozialismus aufbauen. Die Volksrepublik China und Albanien zeigen, daß das keine Utopie ist. **Während der Imperialismus auf der ganzen Welt von allgemeiner Krise geschüttelt wird, bauen die Arbeiter und Bauern Chinas und Albaniens den Sozialismus auf. Ihr Weg ist unser Weg, ist das Programm der KPD/ML.**

KÄMPFT MIT DER KPD/ML FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION!



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, PSchKto Dortmund Nr. 417 06 - 466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel. 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur; Dieter Stoll, Dortmund Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,-DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Opel: Kollegen fordern: Genosse B. soll V-Mann werden

Vertrauensleutewahl in einer Abteilung bei Opel-Bochum, weil der alte V-Mann den Betrieb verläßt. Auf aufdrücklichen Wunsch seiner Kollegen kandidiert Genosse B. für die Wahl. Den Gewerkschaftsbonzen, dem Betriebsrat und dem alten V-Mann paßt das gar nicht. Schon lange warten sie darauf, Genossen B., der als Kommunist bei den Kollegen bekannt und anerkannt ist, rauszuschmeißen. Mit allen Mitteln arbeiten sie seit 3 Wochen daran, seine Wahl zu sabotieren.

1.Versuch: In Abwesenheit von Genossen B. versucht der Meister, die Kollegen gegen ihn aufzuhetzen. Dieser schändliche Versuch scheitert und wird dem Genossen sofort hinterbracht.

2.Versuch: Auf Initiative des alten V-Mannes, der die Abteilung verläßt, und eines SPD-Mitgliedes werden zwei Gegenkandidaten aufgestellt. Damit kommen sie aber schlecht an bei den Kollegen ! "Wenn wir die wählen, können wir ja gleich den Meister wählen."

3.Versuch: Als der Betriebsrat merkt, daß er sich die falschen ausgesucht hat, streicht er sie schnell wieder von der Liste und überredet einen anderen Kollegen, der eigentlich gar nicht will, zu kandidieren.

4.Versuch: Viel zu spät wird der Wahlaushang angeschlagen, dazu nicht in allen Abteilungen. Genosse B. steht überhaupt nicht auf der Liste! Er muß sich selbst dazuschreiben.

5.Versuch: Zwei Kollegen, die eine Etage höher arbeiten, aber zur Abteilung gehören, die auch immer mitwählten, werden von der Wahl ausgeschlossen, weil der Betriebsrat fürchtet, sie könnten für Genossen B. stimmen.

6.Versuch: Öffentlich droht Sonak: "Die Ortsverwaltung bestimmt hier, wer V-Mann wird! Die muß das erst genehmigen, und dann gibt es ja noch den Chaotenerlaß. Wir haben unsere Leute, die gesehen haben, wie du Samstags Zeitungen verkaufst, wir kennen deine Gesinnung!" - Eine offene Ankündigung, daß der Gewerkschaftsausschluß schon geplant ist.

Trotz dieser massiven Einschüchterung endet die Wahl 10:10.

Die meisten Kollegen sind über diese Sabotage des DGB empört. Einer meint: "Wenn sie dich aus der IGM schmeißen, dann muß es eine Neuwahl geben. Dann boykottieren wir die Wahl, du bist unser Vertrauensmann!"

Ein anderer Kollege schlägt vor, diesen Fall breit im Werk bekanntzumachen und meint, daß alle aus der Gewerkschaft austreten sollten: "Jeder gibt 100 Mark Startkapital, dann bilden wir eine eigene Gewerkschaftsorganisation. Das Geld sollte dann die KPD/ML verwalten. Es soll dazu gebraucht werden, wenn mal gestreikt wird, oder wenn Kollegen unterstützt werden müssen, wie jetzt die Frau von unserem tödlich verunglückten Kollegen. Für so eine Gewerkschaft zahle ich gern 20 Mark Beitrag!"

Eine revolutionäre Gewerkschaftsopposition - das ist es, was diese Kollegen und alle fortschrittlichen Arbeiter wünschen! Die Machenschaften der IGM- Bonzen bei Opel gab reichlich Gelegenheit, darüber zu diskutieren.

Nichts fürchtet der imperialistische, reaktionäre DGB-Apparat mehr! Mit Gewalt soll die Wahl des Genossen B. zum Vertrauensmann verhindert werden. Die Neuwahl, die stattfinden muß, wird hinausgezögert. Kollegen, die beim Betriebsrat anrufen und den Termin wissen wollen, bekommen die Antwort: "Gewählt wird bald. Wir warten nur noch auf einen Brief der Ortsverwaltung. . ."

Wählt rote Jugendvertreter

(Aus: DER ROTE FUNKE, Betriebszeitung der KPD/ML bei AEG Neumünster).

Am Freitag, den 3. Mai, erschienen 15 Lehrlinge beim Betriebsrat und verlangten in einer zweistündigen Diskussion, daß die Kandidatur des Genossen Bernd zur Jugendvertreterwahl vom Betriebsrat anerkannt wird.

Was war passiert?

Bernd wurde vor kurzem mit drei weiteren Kollegen aus der IGM ausgeschlossen, weil sie sich der Gesinnungsschnüffelei und politischen Unterdrückung durch die IGM-Bonzen nicht beugten und weiter als Kommunisten auftraten. Um nun Bernd die Kandidatur zur Jugendvertretung zu erschweren, stellte die IGM in diesem Jahr erstmals eine Gewerkschaftsliste auf. **Bernd kandidierte daraufhin auf einer eigenen, oppositionellen Liste, für die er 5 Unterschriften braucht. Er bekam 49!** Die Unterschriftenliste wurde am Morgen des Abgabetermins um 10 Uhr zum Betriebsrat gebracht. Zu Feierabend rief BR Ernst Haak dann beim Listenführer an und erklärte, die Unterschriften seien ungültig — weil das Geburtsdatum, Wohnort, Beruf und Unterschrift des Kandidaten sowie die Adressen der Kollegen, die unterschrieben hatten, fehlten. Der BR erklärte die Liste für ungültig, obwohl er laut Wahlordnung den Lehrlingen eine verlängerte Frist von drei Tagen hätte geben müssen, damit sie die Formalitäten nachtragen könnten. **Am Freitag besaß der BR dann sogar die Frechheit, und drohte den 49 Kollegen, die unterschrieben hatten, mit dem Ausschluß aus der IGM!** In diesem Gespräch wurde auch ganz deutlich, daß das Pochen auf den Formalitäten nichts weiter ist als Geschwätz. Der BR verfolgt nur ein Ziel: Er will die Kandidatur von Bernd verhindern, der als Kommunist in seiner bisherigen Amtszeit als Jugendvertreter ständig die Interessen der Lehrlinge vertrat und ihnen den einzigen Ausweg aus Ausbeutung und Unterdrückung wies: die proletarische Revolution!

Kampf für rote Betriebsräte geht weiter

Wir berichteten bereits im RM Nr. 14 über den Kampf der Kollegen der Kölner Firma Rohde & Schwarz für rote Betriebsräte. Zwei Genossen, Sympathiesanten der KPD/ML stellten sich als Kandidaten für den Betriebsrat zur Wahl, nachdem sie bei ihren Kollegen die erforderlichen Unterschriften für ihre Liste gesammelt hatten. Da wurde den Rohde & Schwarz -Kapitalisten der Boden zu heiß. Sie kündigten den Genossen und verhängten Hausverbot . Diese Kündigungen waren durch den IGM-Apparat bereits vorbereitet worden, indem die Genossen aufgrund der Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus der IGM ausgeschlossen worden waren.

Aber der Kampf wurde weitergeführt. Einer der Genossen erwirkte durch eine einstweilige.. Verfügung die Aufhebung des Hausverbotes. Doch die Genossen haben sich nicht nach Revisionistenart auf die bürgerlichen Gerichte verlassen, sondern die Kollegen durch Flugblätter, die sie vor dem Betrieb verteilten, informiert und zum solidarischen Kampf aufgerufen. Das nahmen die Rohde & Schwarz - Kapitalisten zum Anlaß, um wegen "Störung des Betriebsfriedens" die Genossen fristlos zu kündigen.

Aber auch die anderen Kollegen wurden von der Geschäftsleitung und dem reaktionären Betriebsrat terrorisiert. Kollegen wurden ausgehorcht und unter Druck gesetzt. Der Betriebsrat hatte eine schwarze Liste der Kollegen zusammengestellt, die mit den Genossen sympathisierten. Die Angst der IGM-Bonzen und ihre glänzende Zusammenarbeit mit den Kapitalisten zeigte sich auch, als die IGM-Bonzen eine Mitgliederversammlung kurzerhand in den Beteieb verlegten, um das gegen die Genossen verhängte Betriebsverbot auszunützen, damit die Genossen nicht an der Versammlung teilnehmen konnten. Sie fürchteten, daß die Kollegen für die Genossen eintreten würden; denn die Bonzen hatten schon einnal eine ziemliche Schlappe erlitten, als sie es nicht schafften, eine Mehrheit im Vertrauensleutekörper für die Absetzung der Genossen als V-Leute zustandezubringen. Die Genossen haben alle diese Manöver der Bosse und Bonzen entlarvt. Unter den Kollegen, besonders unter den Lehrlingen stießen sie auf breite Solidarität. 5 Kollegen nahmen sich extra einen Tag Urlaub, um bei der Arbeitsgerichtsverhandlung die Genossen zu unterstützen. Natürlich erklärte das bürgerliche Klassengericht die fristlose Kündigung für gerechtfertigt. Aber das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieser Kampf eine Niederlage für die Rohde & Schwarz-Kapitalisten ist. Die Genossen schreiben zur Situation im Betrieb: "Heute ist die Ideologie der Partnerschaft mit den Ausbeutern zerschlagen und die Genossen können auf die Solidarität vieler Kollegen bauen."

Hamburger Kopfschlachtergesellen wenden sich an die Partei

Vor kurzem kamen einige Kopfschlachtergesellen in das Hamburger Parteibüro der KPD/ML und brachten eine Resolution mit von über 100 in der Gewerkschaft NGG organisierten unständig beschäftigten Kopfschlachtergesellen. In der Resolution, die sich an die Ortsverwaltung der Gewerkschaft richtet, heißt es unter anderem:

"Seit über 100 Jahren schlachten die unständig beschäftigten Kopfschlachtergesellen für den bloßen Stundenlohn, während der Gewinn alleine den Firmen zufließt. Während also die Firma für ein von uns geschlachtetes Rind 13,– DM erhält, erhalten wir Gesellen lediglich 5,30 DM Stundenlohn. Die vom Meister finanzierten "Investitionen" bestehen im Wesentlichen aus einem Beil und einem Marmeladeneimer, alle anderen Anlagen hat der Hamburger Staat finanziert. Im Durchschnitt aber schlachten wir mit 25 Gesellen 300 Rinder in achtstündiger Arbeitszeit." "Infolge der ebenfalls vom Hamburger Staat finanzierten neuen Anlagen, die zu einer weiteren Mechanisierung führten, wird heute in einer Stunde wesentlich mehr Vieh geschlachtet." "Aber wir, die noch intensiver arbeiten müssen, haben davon keinen Vorteil."

Die Kollegen fordern daher in ihrer Resolution, daß ihre Löhne erhöht werden und daß sie feste Arbeitsverhältnisse bekommen.

Daß einige Gesellen diese Resolution samt fotokopierter Unterschriftenliste in das Hamburger Parteibüro brachten, zeigt: diesen Kollegen ist klar, daß nur durch Kampf höhere Stundenlöhne und feste Arbeitsverhältnisse zu erreichen sind. Zum anderen aber verbirgt sich in der Resolution, die an die Ortsverwaltung der Gewerkschaft NGG gerichtet ist, die Illusion, daß Gewerkschaftsbonzen sich für die Kollegen einsetzen werden.

Die Schlachterkollegen haben unsere Partei bei ihrem gerechten Kampf um Hilfe gebeten. Und wir werden dieses Vertrauen in die KPD/ML nicht enttäuschen. Wir werden mit den Kollegen gemeinsame Kampfaktionen beraten und ihnen dabei zeigen, daß es letztlich nur einen Ausweg aus der Misere gibt, auf dem sie kämpfend vorwärtsgehen müssen gegen Kapital und Gewerkschaftsführung: die proletarische Revolution.





1.MAI-DEMONSTRATION IN DUISBURG

Nach Betriebsversammlung bei Thyssen

Unruhe im Betrieb gewachsen

Die Belegschaftsversammlung wurde von vielen Kollegen mit Spannung erwartet, weil die Genossin A. Schulte über die Gewerkschaftsausschlüsse berichten sollte und darüber, wie der Betriebsrat ihre Kandidatur zur Jugendvertreterwahl verhindert hatte. Über die Verhinderung der Kandidatur herrschte schon vor der Versammlung große Empörung unter den Kollegen.

Auf der Versammlung berichtet die Genossin zuerst, daß der Betriebsrat Polizei geholt hat, um den Verkauf des ROTEN MORGEN vor der Belegschaftsversammlung zu verbieten. Pfiffe, Buhrufe für den Betriebsrat. Dann schildert die Genossin die Lage der Jungwerker, die in letzter Zeit reihenweise als billige Arbeitskräfte und um die Löhne zu drücken eingestellt werden. Gemeinsamer Kampf mit den älteren Kollegen gegen diese besondere Ausbeutung ist nötig.

Dann entlarvt die Genossin das Geschwätz des Betriebsrates Wagner von Sicherheit der Arbeitsplätze als Lüge: Gerade bei Thyssen Süd droht Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Schon jetzt führt die Rationalisierung zu ständig höheren Unfallzahlen. Und wenn ein Arbeiter für Thyssen nicht mehr rentabel ist, kriegt er einen Tritt in den Hintern – egal wie gut und wie lange er gearbeitet hat. Gegen Lohnraub und Teuerung, erklärt die Genossin, muß deshalb der revolutionäre Klassenkampf geführt werden.

Schon während dieses Teils der Rede war die Genossin vom Betriebsrat unterbrochen worden, darauf „hingewiesen" worden, daß sie nur zum Bericht des Betriebsrates sprechen dürfte.

Die Genossin aber berichtete dann über ihren Gewerkschaftsausschluß und den von 3 anderen Genossen: **Sie haben gezeigt, daß es keine Illusionen in den DGB-Apparat geben darf. Bei der politischen Unterdrückung arbeitet er Hand in Hand mit Polizei und Werksleitung. Er ignoriert nicht nur die Meinung der Mitglieder, sondern unterdrückt sie: Gegen den Ausschluß der Genossin waren 103 Unterschriften gesammelt worden. Die Antwort des DGB aber war Ausschlußandrohung für die Unterschreiber und ein Verweis der Personalabteilung gegen die Genossin.**

Bei diesem Bericht unterbrach der Betriebsrat ständig, das Mikrophon wurde ihr abgedreht und mit Gewalt versuchte sie der Betriebsrat am Reden zu hindern. Die Kollegen aber riefen: „Weiter, weiter!' – der Betriebsrat pfiff und brüllte.

Die Genossin berichtete weiter, wie der Betriebsrat am Vortag mit ganz üblen Tricks und offenen Lügen verhindert hatte, daß sie, wie von den Jungwerkern vorgeschlagen, zum Jugendvertreter kandidierte. Schon vorher hatte der Betriebsrat versucht zu spalten, indem er die anderen Jugendvertreter in eine „IG-Metalliste" einschreiben ließ, auf der die Genossin wegen ihres Ausschlusses natürlich nicht kandidieren konnte (Normalerweise werden Jugendvertreter durch Persönlichkeitswahl gewählt).

Als die Genossin über die üblen Methoden des Betriebsrates berichtete, entstand ein unheimlicher Tumult. Die Kollegen pfiffen gegen den Betriebsrat, der Betriebsrat zerrte die Genossin vom Rednerpult weg und verlas eine schon vorbereitete Gegenerklärung. Als die Genossin sich am Reden nicht hindern ließ, erklärte der Betriebsrat die Versammlung für abgebrochen. Die Genossin aber sprach trotzdem über Megaphon weiter und rief zum Roten 1. Mai auf.

Auf der Versammlung der anderen Schicht verhinderte der Betriebsrat, daß die Genossin zu Wort kam: nach dem Bericht des Betriebsrates schloß er einfach die Versammlung.

Im Betrieb ist die Unruhe seit diesen Versammlungen gewachsen. Die Kollegen sagen: „Und solche Schweine schwätzen auch noch von Demokratie" und "Das ist eine richtige Mafia!" Vor allem haben alle gesehen, welche Heidenangst diese Verräter vor den Kommunisten haben, und daß die Kommunisten und nicht diese Oberbonzen auf ihrer Seite stehen. Einige Kollegen haben gerade auch an dieser Geschichte den Unterschied zwischen der KPD/ML und der revisionistischen D„K"P erkannt: **Der D„K"P-Betriebsrat hatte bisher auf vielen Belegschaftsversammlungen ungehindert über die Profite der Unternehmer jammern können, ihm hatte deshalb kein Betriebsrat das Wort verboten. Verboten ist eben „Parteipolitik" im Betrieb nur dann, wenn sie sich gegen den Kapitalismus und seine Handlanger richtet. Gerade hieran haben einige Kollegen gesehen, daß die D„K"P auf der Seite des Kapitals steht.**

Weil sie sich auf den beiden Belegschaftsversammlungen so unheimlich entlarvt haben, wagten es Werksleitung und Betriebsrat bisher auch nicht, die Genossin zu schmeißen, womit sie immer wieder drohen.

Vor den beiden Versammlungen wurden insgesamt an die 40 ROTE MORGEN und RM-Extrablätter verkauft. Die Kollegen haben gerade auch auf diesen Versammlungen gelernt, wer Freund und wer Feind ist – die Partei verankert sich immer besser im Betrieb!

Revisionistisches

D'K'P-Pressefest a la Bravo

„DKP. – Arbeiterpartei. Immer bereit zum Gespräch. Kennt den Weg und weiß das Ziel. Auf jede Frage eine Antwort.“ – So wirbt die D'K'P unter anderem für das Pressefest der UZ, das angeblich die „große Tradition der sozialistischen Arbeiterpresse“ fortsetzen soll.

Und das sind die Merkmale des „Sozialismus“:

Eine Riesentombola, Hauptgewinn drei Autos. „Auf jeden Fall: zwei vergnügte Tage“; „Das Beste aus Küche und Keller vom Bodensee bis zur Wasserkante“; „Hits und Stars von der Seine bis an die Moskwa“, „Europäische Schlagerparade am Rhein“ usw. und so fort.

Da kann man nur sagen: die D'K'P kennt tatsächlich den Weg und weiß auch tatsächlich das Ziel von solchen Pressefesten. Der Lehrmeister sind allerdings nicht die großen kommunistischen Pressefeste. Der „Bravo-Stempel“ ist nicht zu übersehen.

SU: Die Frau muß „erregend“ sein

„Wetscher“ (Der Abend), so heißt eines von über 100 Parfümen, mit denen die sowjetischen Revisionisten auf der Industrieausstellung in Düsseldorf für sich warben. Damit auch ja niemand auf den Gedanken kommt, die Sowjetunion könnte etwa auf diesem Gebiet nicht mit der westlichen kapitalistischen Modeindustrie mithalten, wird ausdrücklich auf die „Exklusivität“ der „Duftcreationen“ hingewiesen. Im Werbetext heißt es weiter: „Starkes, erregendes, faszinierendes Aroma, das an einen von Jasmin- und Fliederduft erfüllten warmen Sommerabend erinnert. Das Parfüm betont die Schönheit der Frau, verleiht ihr eine graziöse Note.“ – Und beweist schlagkräftig, wie es um die von der D'K'P so gepriesenen Errungenschaften auf dem Gebiet der Emanzipation der Frau in der Sowjetunion aussieht.

Der Weg Noskes und Zörgiebels

„Aktionen gegen die Maoisten“, so ist ein Artikel in der UZ vom 10. 5. überschrieben, in dem die D'K'P ein Loblied auf den Terror von Armee und Polizei in Ostbengalen gegen Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Kräfte singt. „Armee und Polizei“, heißt es dort, „begannen mit der Zerschlagung von terroristischen Banden... Die KP unterstützt die Maßnahmen der Regierung gegen die Terrorbanden.“

Nichts anderes machte Noske, der wie die D'K'P heute von Sozialismus redete und die deutsche Revolution im Blut ertränkte, nichts anderes machte Zörgiebel am 1.Mai 1929. Und nichts anderes als Schützenhilfe im wahrsten Sinne des Wortes haben wir von der D'K'P zu erwarten, wenn ähnlich wie in Ostpakistan auch in Westdeutschland die Arbeiterklasse zu den Waffen greifen wird.

Nur die halbe Wahrheit

Wir haben im Roten Morgen Nr. 18 über die Entlassung von 3 Betriebsräten bei Pierburg berichtet, für die ein gewisser Satolias, Mitglied der griechischen revisionistischen Partei verantwortlich war. Weder die „UZ“ noch die „Wahrheit“ (Zeitungen der D'K'P/'S'EW) kommen darum herum, die Tatsachen zu berichten, sie schreiben sogar von der unglaublichen Summe von 25.000 DM, die Satolias als Belohnung für seinen schändlichen Verrat erhielt. Über eines allerdings schweigen beide Zeitungen schamhaft: daß dieser saubere Herr ein Gesinnungsgenosse von ihnen ist.

DIE WIDERSPRÜCHE IN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT VERSCHÄRFEN SICH

Wurde noch vor wenigen Wochen in Kopenhagen die Einheit beschworen, so kracht es inzwischen an allen Ecken und Enden der EG: nachdem der Währungsblock durch den Austritt der französischen Imperialisten fast auseinanderbrach, gerät ihnen nun sogar die Zollunion aus den Fugen: die italienischen Imperialisten haben entgegen den EWG-Verträgen Importbeschränkungen erhoben. Auch Dänemark greift zu ähnlichen Maßnahmen.

Für die westeuropäischen Imperialisten gilt genauso wie für die Allianz der beiden Supermächte, daß ihre Einheit nur vorübergehend, ihre Rivalität aber das Grundlegende ist und bleibt. Die Aufhebung der Zollschranken zwischen den westeuropäischen Imperialisten gab ihnen zwar das äußere Gefüge der Einheit, tatsächlich aber verschärfte sie die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Imperialisten: wer dringt am meisten in den Markt des anderen ein, wer übervorteilt wen und ergattert auf Kosten der anderen Maximalprofite – darum wird der erbittertste Kampf geführt.

Mit Unterstützung des US-Imperialismus ist es den westdeutschen Imperialisten mehr und mehr gelungen, sich diese führende Stellung innerhalb der EG zu erobern. Der Tribut, den die westdeutschen Imperialisten dafür zu zahlen haben: die Interessen des US-Kapitals in der EG zu wahren und eine offene Konfrontation zwischen der EG und dem US-Imperialismus zu verhindern. So ist es nicht verwunderlich, daß die westdeutschen Imperialisten entgegen den italienischen und französischen alles daran setzen, um die EWG-Mitglieder bei der Stange zu halten. Sie geben sich als Gralshüter der „europäischen Idee“ – nicht weil sie an „große Ideale“ glauben, sondern weil es für sie um Profit und Macht geht.

Die wachsende Wirtschaftskrise, die die anderen westeuropäischen Imperialisten noch viel stärker trifft als die westdeutschen, stärkt sogar noch ihre Stellung in der EG, gibt ihnen verstärkt die Möglichkeit, die anderen Länder der EG zu durchdringen. Daher ist es nur eine Konsequenz, daß die anderen Imperialisten mehr und mehr kalte Füße bekommen, die westdeutschen Imperialisten aber auf der EWG beharren, um die günstigen Bedingungen für ihren Waren- und Kapitalexport, für den Kampf um Maximalprofite und die Stärkung ihrer Machtposition in Westeuropa aufrechtzuerhalten. Sie sind sogar zu gewissen Zugeständnissen bereit, um das Auseinanderbrechen zu verhindern und den Krach zu mildern.



Die französischen Bauern kämpfen genauso wie ihre europäischen Kollegen gegen die Ausbeuter-EG.

Für die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen in den westeuropäischen Ländern aber ist dieser Krach in der EG eine gute Sache: Denn die EG dient den westeuropäischen Imperialisten nicht nur, um gemeinsam mit den beiden Supermächten besser konkurrieren zu können, sondern vor allem, um gemeinsam die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter, Bauern und aller anderen Werktätigen zu verschärfen.

Was hatten die italienischen Werktätigen denn davon, daß westdeutsche Nahrungsmittelkonzerne Milch billig nach Italien exportieren? Die Milch wurde für die Werktätigen in Italien nicht billiger, aber die Milchpreise der italienischen Bauern wurden dadurch rapide gedrückt. Und die westdeutschen Bauern? Ihnen wurden Niedrigstpreise diktiert, damit die Milch billig auf den italienischen Markt fließen konnte.

Den Reibach aber machten die Monopole.

Nicht die Interessen der Bauern Italiens und Westdeutschlands standen sich hier gegenüber, wie die Bourgeoisie den Bauern einzureden versuchte, um sie zu spalten, sondern es stehen die italienischen und westdeutschen Bauern in einer Front gegen die Monopole, die sich in der EG zusammengeschlossen haben. Ihnen gilt der Kampf der italienischen wie der westdeutschen Bauern.

Wenn die westeuropäischen Imperialisten sich mit der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise bei der Aufteilung des Kuchens immer mehr in die Haare kriegen, so ist das nicht schlecht, sondern verbessert die Bedingungen für den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse in den westeuropäischen Ländern gegen den Imperialismus.

NIEDER MIT DER EWG!
WESTDEUTSCHLAND RAUS AUS DER EWG!
NIEDER MIT DEM IMPERIALISMUS!

Portugal: "Nicht Caetano, nicht Spinola, sondern Sozialismus!"

„Spinola macht's der NATO leichter“ jubelt das SPD-Blatt „Vorwärts“. Der „Bayernkurier“ analysiert: Es sei besser, wenn ein „konservativer General diese Öffnung zur Demokratie hin steuert“ und nicht die „Führer von Linksparteien“. Ein Sieg der afrikanischen Völker würde im Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft den Verlust einer entscheidenden Bastion der US-Imperialisten bedeuten. Weder die Junta noch die US-Imperialisten, die den afrikanischen Krieg Portugals zu mehr als 50% finanzieren, denken deshalb daran, aus Afrika abzuziehen. Erst unlängst schrieb Spinola in seinem Buch „Portugal und die Zukunft“: „Wir werden in Afrika bleiben, ja!“

Mit großem Propagandarummel wollen die Imperialisten, wollen die modernen Revisionisten den Völkern der Welt einreden, der Juntaputsch bedeute das Ende jeder Diktatur in Portugal. Doch die Tatsachen sprechen dagegen. Die Junta mußte dem portugiesischen Volk einige demokratische Rechte zugestehen – das ändert nichts daran, daß die Herren in Portugal die gleichen blieben: Die US-Imperialisten und ihre einheimischen Lakaien. Von einer nationalen Revolution kann keine Rede sein. Der Juntaputsch soll aufräumen mit einigen feudalen Überresten, die die Industrialisierung Portugals behindern und auf die Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft alten Stils bestehen. Das ist durchaus im Interesse der amerikanischen Imperialisten. Mit einigen demokratischen Reformen soll das freiheitsliebende portugiesische Volk an die Junta gekettet werden. Demokratische Reformen, mit denen es ohnehin nicht sehr weit her ist: Zwar wurden politische Gefangene entlassen, seit jeher eine zentrale Forderung der Völker – doch in Portugal waren es kaum mehr als 500 von Tausenden, in Mocambique 500 – aus einem Gefängnis, in dem allein mehr als 2.000 Freiheitskämpfer eingekerkert sind.

Juntasoldaten trugen rote Nelken – auf den Schnellfeuergewehren, mit denen sie demonstrierende Volksmassen bewachen. Zwar hat die Junta die Gründung bürgerlicher Parteien erlaubt, doch Spinola, Offizier der faschistischen Invasionstruppen im spanischen Bürgerkrieg, „Beobachter“ in der Hitlerarmee im 2. Weltkrieg, ehemaliger Gouverneur von Guinea-Bissao, droht immer wieder, er werde „demagogisches Verhalten, das Unruhe auslösen kann, unterdrücken“.

Von Waffenstillstandsverhandlungen in Afrika redet die Junta – vorausgesetzt, die afrikanischen Befreiungskämpfer stimmen den Juntaplänen von einem imperialistischen Staatenbund unter Portugals Führung zu, verzichten auf die nationale Unabhängigkeit ihrer Länder und legen die Waffen aus der Hand. Die portugiesischen Kolonialherren haben die Waffen nicht niedergelegt!

Zwei Tage vor dem Waffenstillstandsangebot meldete die FRELIMO neue Bombardierungen afrikanischer Dörfer. Neue Kolonialtruppen flogen am 3. Mai von Lissabon nach Afrika – gegen mehr als 1.000 Demonstranten, die das verhindern wollten, gaben Offiziere Schüsse ab, hetzte die Polizei Hunde.

Diese angebliche „Demokratisierung von oben“ soll das Volk einschläfern, seine Kampfbereitschaft durch Illusionen von „Freiheit“ brechen. Doch der Kampf geht weiter! Die afrikanischen Patrioten haben die imperialistischen Pläne der Junta von „Unabhängigkeit der Kolonien unter Führung Portugals“ entschieden zurückgewiesen. „Weder Caetano noch Spinola, sondern Sozialismus“, hieß die Parole auf Flugblättern, die in Lissabon verteilt wurden. Arbeiter und Angestellte sind es, die faschistische Beamte absetzen – nicht die Junta! Kommunistische Losungen tauchen überall an Mauern und Brücken auf.

In dieser Lage sind die modernen Revisionisten angetreten, das Geschwätz vom „Sieg über die Diktatur“ glaubhaft zu machen, und das Volk vom Kampf zurückzuhalten. Sie sind bereit, mit der Junta zusammenzuarbeiten und schwärmen von der „herrlichen Bewegung der Soldaten“. Alvaro Cunhal, Generalsekretär der revisionistischen Partei Portugals, verkündete: „Das Bündnis des Volkes mit den Soldaten ist die Vorbedingung zur Erringung der Freiheit.“ Ein Bündnis zwischen dem Volk und der Junta – das meint Cunhal! Das aber wird es niemals geben.

Das portugiesische Volk will Freiheit – nicht eine „freiere“ Diktatur. Der US-Imperialismus, die Faschisten, sind noch lange nicht geschlagen. Die modernen Revisionisten aber, wie das "Neue Deutschland", faseln davon, die Gefahr für das portugiesische Volk gehe aus von „Ultralinken und Maoisten“, die die „Demokratie“ zerschlagen wollen!

Nur im Kampf gegen diese Verräter kann das portugiesische Volk seine Freiheit erringen, kann es die US-Imperialisten und ihre Lakaien aus dem Lande jagen!

Am 27. 4. 1974 gab das Exekutivkomitee der FRELIMO (Befreiungsfront von Mozambique) eine Erklärung ab. In dieser Erklärung wird betont, daß der Befreiungskrieg des Volkes von Mozambique erst beendet sein wird, wenn das Volk seine Unabhängigkeit erkämpft hat. Der Weg und das Ziel sind also klar, wird gesagt.

„Jedoch“, heißt es weiter, „sollte es der Zweck des Staatsstreiches in Portugal sein, neue Wege zu finden, um die Unterdrückung unseres Volkes zu verlängern, so warnen wir die portugiesischen Führer, daß sie mit unserer festen Entschlossenheit rechnen müssen. In den mehr als 10 Jahren des heroischen bewaffneten Kampfes hat das Volk von Mozambique schwere Opfer gebracht. Seine besten Söhne und Töchter haben ihr Blut vergossen, um unser unveräußerliches Recht auf Souveränität als eine freie und unabhängige Nation zu verteidigen. Politisch und militärisch gerüstet, ermutigt durch die wachsenden Erfolge im bewaffneten Kampf für die nationale Befreiung, ist das Volk von Mozambique fester denn je unter der Führung der FRELIMO zusammengeschlossen. Es wird vor keinem Opfer zurückschrecken und seine grundlegenden Ziele verwirklichen...“ Abschließend fordert die Erklärung auf, die Solidarität mit dem Volk von Mozambique und allen Völkern, die noch vom portugiesischen Kolonialismus unterjocht werden, zu verstärken.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Der heroische Kampf des vietnamesischen Volkes

20 Jahre Sieg bei Dien Bien Phu

ES LEBE DER SIEG IM VOLKSKRIEG!

7. Mai 1954: Die französische Besatzerarmee in Vietnam kapituliert. Nach mehr als siebenjährigem Kampf erringen die Volksbefreiungskräfte in der Schlacht von Dien Bien Phu einen entscheidenden Sieg. 7.200 Tote läßt der abziehende Feind nach einer zweimonatigen Schlacht im Talkessel von Dien Bien Phu zurück.

Das vietnamesische Volk hat die französischen Imperialisten vertrieben. Nach über zweihundertjähriger Unterdrückung durch ausländische Kolonialisten entsteht auf dem Boden Vietnams zum ersten Mal ein freier, unabhängiger Staat: die demokratische Republik Vietnam. Noch ist das Land geteilt, konnte die Unabhängigkeit Südvietnams nicht durchgesetzt werden. Doch die Genfer Friedensverhandlungen garantieren freie unabhängige Wahlen auch für diesen Teil des Landes bis zum Jahre 1956, in denen das vietnamesische Volk selbst über seine Gesellschaftsordnung bestimmen kann.

Doch das vietnamesische Volk muß weiter um seine nationale Unabhängigkeit kämpfen. Jetzt gegen die US-Imperialisten, die schon lange danach gieren, die französischen Imperialisten in Indochina zu verdrängen und ihre eigene Unterdrückerherrschaft dort zu errichten. Jahrelang hatten sie bereits die Kriegsverbrechen Frankreichs unterstützt, – zuletzt bezahlten sie 75% der Kriegskosten – um selbst in Indochina einzudringen. 1954, als er vom Sieg des vietnamesischen Volkes bei Dien Bien Phu hört, droht der damalige Vizepräsident und heutige Präsident Nixon zum ersten Mal mit dem Einsatz von Atombomben.

Seither haben sie ihre imperialistische Aggressionspolitik ständig verstärkt. Sie sabotierten die garantierten freien Wahlen in Vietnam, errichteten durch einen Militärputsch das Faschistenregime Thieus, schickten mehr als 1 Million Soldaten, um das Volk niederzuringen und begingen blutige Verbrechen wie das Massaker von My Lay.



DER KAMPF FÜR DIE NATIONALE UNABHÄNGIGKEIT VIETNAMS GEHT WEITER

Mit heroischem Mut setzten sich die Bevölkerung der DRV und die südvietnamesischen Freiheitskämpfer gegen Flächenbombardements der US-Imperialisten, gegen den faschistischen Terror der Thieu-Clique zur Wehr. Vietnam wurde zum Signal, zum Zeichen für alle unterdrückten Völker der Welt, daß ein kleines Volk, das für seine Freiheit kämpft, einer Supermacht wie den USA trotzen und die imperialistischen Söldlinge verjagen kann. Millionen in aller Welt standen an der Seite Vietnams, kämpften für seine Freiheit – auch in den USA selbst. 1973 waren die US-Truppen zum Abzug gezwungen.

Doch damit ist der Kampf Vietnams noch nicht beendet. Nach wie vor herrschen die US-Imperialisten in einem Teil des Landes. Sie sind es, die durch ihre Marionette Thieu das Waffenstillstandsabkommen von 1973 immer wieder verletzten, die Tausende Revolutionäre ermorden und einkerkern. 10.000 US-Soldaten stehen in Thailand, bereit zu einer neuen Invasion. Die Provisorische Demokratische Regierung Südvietnams hat die Völker der Welt deshalb zu größter Wachsamkeit aufgerufen.

Der Sieg bei Dien Bien Phu, die Vertreibung der französischen Imperialisten, war erst der Anfang eines langen Weges. Der Beginn eines Volkskrieges um nationale Freiheit und Unabhängigkeit. Am Ende dieses Weges wird ein vereinigtes, freies, volksdemokratisches Vietnam stehen, trotz aller Raubgier der Supermächte.

Es lebe der Sieg im Volkskrieg!

6000 Gewerkschafter vom reaktionären Ghandiregime verhaftet

EISENBAHNERSTREIK IN INDIEN

Nach blutigen Straßenschlachten zwischen der Polizei und den Ärmsten der Armen in den Slumvierteln von Dehli in der letzten Aprilwoche begann Anfang Mai in mehreren Provinzen ein Eisenbahnerstreik. Das Nahverkehrsnetz brach vollkommen zusammen, nur durch den Einsatz von Soldaten als Lokomotivführer konnte der Schnellverkehr notdürftig aufrechterhalten werden.

Schon Tage vor dem Streikbeginn hatte die indische Polizei in großen Razzien mehr als 3.000 Eisenbahner festgenommen. Seit Streikbeginn wurden insgesamt 6.000 Gewerkschafter verhaftet. Die Wut der indischen Arbeiter ist so groß, daß sie entschlossen sind, diese Provokation durch einen Generalstreik zu beantworten, zu dem die Gewerkschaften zum 15. Mai aufgerufen haben.

Sorgfältig suchte das Ghandiregime bei diesen unverschämten Verhaftungsaktionen aus: Unter den Eingekerkerten ist kein einziger Funktionär der revisionistischen Eisenbahnergewerkschaft ! Denn auf diese Arbeiterverräter hoffte die indische Regierung in ihrem reaktionären Kampf gegen die Arbeiterklasse. Die Streikkämpfe der indischen Werktätigen sind in diesem Jahr ungeheuer angestiegen: 16 Millionen Streiktage gab es im Jahr 1973; in den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden bereits 17 Millionen Streiktage gezählt. Und nicht allein um höhere Löhne, um das Teewasser kämpften die indischen Völker! In mehreren Staaten richteten sich die Kämpfe bereits direkt gegen das Ausbeuterregime: Beim bewaffneten Kampf um die Freilassung politischer Häftlinge. beim Kampf gegen den Einsatz der Armee gegen Streikende, beim Sturm auf Lebensmitteldepots des Staates durch hungernde Volksmassen. Die Ermordung von Hunderten von Demonstranten und Streikenden durch Polizei und Armee, die Verhängung des Ausnahmezustandes in vielen Großstädten haben den indischen Arbeitern, Bauern und Studenten das reaktionäre Wesen dieses Staates immer mehr klar gemacht.

In dieser Lage sind die modernen Revisionisten zu den wichtigsten Helfershelfern der indischen Bourgeoisie geworden. Dort, wo die Gewehre der Soldaten nur den Haß der Volksmassen schüren, sollen diese Arbeiterverräter die Kämpfe niederringen. Zugleich sollen sie Ausplünderung Indiens durch die sowjetischen Sozialimperialisten vertuschen. Denn die Neuen Kremlzaren sind es, die am Hunger der indischen Völker Milliarden verdienen. "Die Handelsbedingungen mit der Sowjetunion" schrieb die indische Zeitung "Liberation" sind genau die gleichen wie sie früher von den britischen Kolonialisten ausgearbeitet wurden." Mit der Unterwerfung Indiens versuchen die Sozialimperialisten, zu Herren der asiatischen Völker zu werden.

Diese Aggressionspolitik der Sowjetunion hat große Empörung unter den indischen Völkern hervorgerufen. Das salbungsvolle Geschwätz der indischen Revisionisten kann die kämpfenden Völker nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sowjetische Waffen waren, mit denen indische Demonstranten und Streikende niedergeschossen wurden.

Aus aller Welt

THAILAND:

Die thailändische Presse hat nach Berichten aus Bangkok die Spionage der beiden Supermächte in Thailand verurteilt, da sie die Sicherheit des Landes ernsthaft bedroht. Die Zeitung "Die Nation" schrieb in einem Leitartikel am 23.4., daß der KGB bereits seit langem in Thailand seine Wühlarbeit betreibt. So wurde bereits 1958 ein Tass-Reporter wegen Spionagetätigkeit ausgewiesen. Erst kürzlich bestätigte ein Vertreter der Informationsabteilung beim Aussenministerium, daß der 3. Sekretär der sowjetischen Botschaft in Thailand mit den 105 Spionen zusammengearbeitet hat, die bereits 1971 ausgewiesen wurden. Sollte er seine illegalen Aktivitäten fortsetzen, würde er ebenfalls ausgewiesen.

Der schon genannte Leitartikel der "Nation" schreibt, daß "mit dem Niedergang der Rolle der Amerikaner in Thailand, und allgemein in Südostasien, Rußland aktiver geworden ist", der sowjetische Geheimdienst "mit voller Kraft" in Thailand arbeitet und zwar nicht nur, um Informationen zu beschaffen, sondern auch als ein Organ "der subversiven Arbeit in diesen Ländern."

KAMBODSCHA:

Am 13.4. um Mitternacht feuerte die kambodschanische Volksbefreiungsarmee 10 Raketen und Granaten auf die Residenz des Verräters Lon Nol. Diese Raketen und Granaten fielen in den Hof der Residenz und töteten oder verwundeten 60 Soldaten und zerstörten vier Gebäude.

PAKISTAN:

Die pakistanische Presse verurteilte in der letzten Zeit scharf das Vorgehen der sowjetischen Sozialimperialisten im Nahen und Mittleren Osten. Die Zeitung "nawa-iwagt" schrieb am 8.4. unter anderem: "Heute machen die sowjetischen Herrscher unter dem Mantel des Sozialismus und Kommunismus, das gleiche, wie die alten Zaren bei ihrer Politik der Eroberung und des Aufbaus ihres Reiches. Auf der einen Seite bemühen sich die neuen Zaren in Rußland die Vorherrschaft im Mittleren Osten zu erreichen, auf der anderen Seite bemühen sie sich, ihre Fühler über den Indischen Ocean zu strecken."

JAPAN:

Seit über einem Monat halten sich sowjetische Fischerflotten in den Fischereigründen der japanischen Insel Izu auf. Mit Piratenmethoden vertreiben sie die japanischen Makrelenfischer aus ihren Fischgründen. Die japanischen Fischer konnten so nur noch ein Drittel oder die Hälfte der üblichen Menge Fisch fangen. Da damit ihr Lebensunterhalt ernstlich bedroht ist, haben die Fischer wiederholt erklärt, daß die sowjetischen Fischereiflotten vertrieben werden müssen.

AUSTRALIEN:

Auch die australischen Fischer sind von den Räubereien der US-Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten bedroht. Dazu schreibt „Vanguard", das Zentralorgan der KPA/ML: „Die Länder der dritten Welt gehen daran, ihre Küstengewässer gegen die Plündereien durch die großen imperialistischen Mächte, insbesondere durch die US-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten zu schützen. Australien muß dem Beispiel dieser Länder folgen und den Fisch-Piraten aktiv entgegentreten.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9.26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5.95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30 Immer: 43,7 – 42,8
21.00 - 22.00 und 26,2 Meter

FORTSCHRITT IM ZUSAMMENSCHLUSS GEGEN DIE SUPERMÄCHTE !

Am 2. Mai wurde die 6. UNO-Sondertagung mit einem großen Erfolg für die Länder der Dritten Welt abgeschlossen: Es wurde eine "Deklaration über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung" und ein Aktionsprogramm verabschiedet.

In beiden Resolutionen wird das Recht eines jeden Landes bekräftigt, souverän über seine natürlichen Rohstoffvorkommen zu verfügen. Die Völker unter Fremdherrschaft stellen den berechtigten Anspruch auf Befreiung und Entschädigung, wenn ihre Bodenschätze von Okkupanten ausgebeutet werden. Eine internationale Regelung wird gefordert, die eine Einmischung multinationaler Konzerne in die inneren Angelegenheiten von Entwicklungsländern verhindern soll. Ebenfalls wurde eine Sofortaktion zur Unterstützung jener 25 finanzschwächsten Staaten befürwortet, die keine Rohstoffe besitzen.

Um sich nicht völlig zu isolieren, wagte es keiner der Vertreter der beiden Supermächte und ihrer Bündnispartner, offen vor aller Welt gegen die gerechten Forderungen zu stimmen, obgleich die US-Imperialisten zugleich frech erklärten, daß das keine Zustimmung zum Inhalt der Resolution bedeuten würde.

Im Verlauf der Sondertagung hatten die beiden Supermächte mit Demagogie und offener Drohung versucht, die Länder der Dritten Welt an der Aufstellung ihrer gerechten Forderungen zu hindern. Kissinger hatte in seiner Rede am 15. April offene Drohungen ausgestoßen: "Wenn die Schwachen Zuflucht zum Druck nehmen, so tun sie es in der Gefährdung der Weltprosperität, was Verzweiflung hervorrufen kann." Er fügte hinzu, daß die "Organisierung einer Gruppe von Ländern zu einem Block" früher oder später zur Organisierung anderer Länder zu einem "Gegenblock" führen werde. (s.a. Peking Rundschau Nr.17, S.23)

Wie die US-Imperialisten der wichtigsten Forderung der Länder der Dritten Welt nach Zusammenschluß gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung mit Gewaltdrohungen begegneten, so versuchten die sowjetischen Sozialimperialisten mit ihrem revisionistischen Gerede die Länder der Dritten Welt zu verwirren, um die Fronten zu verwischen und die wahre Rolle des Sozialimperialismus als neben dem US-Imperialismus größtem internationalen Ausbeuter und Unterdrücker zu verschleiern.

Nacheinander hatten Gromyko, Nesterenko und Malik versucht, in der Arbeitsgruppe von 77 Staaten, die die Deklaration entworfen hatten, ihren revisionistischen Plunder von "Entspannung und Abrüstung" und "friedlicher Koexistenz" an den Mann zu bringen.

Doch sie ernteten allerseits Entrüstung von den Vertretern der Dritten Welt. Der senegalesische Vertreter fragte zurecht: "Was für eine friedliche Koexistenz gibt es in den afrikanischen Ländern und Regionen, die unter der portugiesischen Kolonialherrschaft und der Apartheidpolitik von Südafrika zu leben haben? Gibt es die "friedliche Koexistenz" in Indochina, das unter imperialistischer Aggression zu leiden hat? Und was bedeutet friedliche Koexistenz im Mittleren Osten, wo es die imperialistische und zionistische Aggression gibt?

Mit ernsthaftem Protest verhinderten Vertreter mehrerer Länder, daß die Sowjetrevisionisten die Vorbereitung der Deklaration sabotierten. Die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua schreibt zu diesen Vorfällen: **"Für diese Methoden der sowjetischen Revisionisten gibt es nicht länger einen Markt. Die vergangenen zwei Tage** (der Tagung der Arbeitsgruppe –d. Red.) **können bezeugen, wie klar und deutlich die Delegierten vieler Länder der Dritten Welt die Sabotagetätigkeit und Demagogie der sowjetischen Revisionisten erkannten und zurückwiesen, wodurch diese ihre häßlichen Züge restlos zeigten und in große Verlegenheit gerieten."**

Aber die Supermächte und ihre Vertreter stellen sich nicht nur offen gegen die gerechten Forderungen der Dritten Welt, sondern versuchen, auch die Reihen der Dritten Welt zu spalten. So verbreiteten ihre Propagandisten, die Erhöhung der Rohstoffpreise durch einige Länder der Dritten Welt würde vor allem die Ärmsten der Armen treffen, die Rohstoffländer wollten auf deren Kosten reich werden.

Wer sorgt denn dafür, daß diese Länder arm sind? Es sind die imperialistischen Länder, vor allem die beiden Supermächte, die mit ihrer Ausbeutung und Unterdrückung diese Länder zu den ärmsten der Erde machen! Allein von 1965 bis 1970 ist ein Kapital von **23 Milliarden Dollar als reiner Profit** aus den Ländern der Dritten Welt abgesogen worden (das Anderthalbfache der Entwicklungs-"spenden")! Noch in diesem Jahr werden die Länder der Dritten Welt **für die Zinsen von Schulden die 9-Milliarden-Dollar-Grenze** erreichen!

In seiner Rede am 10. April hatte der chinesische Vertreter, Deng Hsiaoping die Absichten der Supermächte entlarvt: **"Die Imperialisten, insbesondere die beiden Supermächte, versuchen, zeitweilige Differenzen zwischen uns Entwicklungsländer zu sähen und unsere Einheit zu sabotieren, dahinter steckt die Absicht, ihre Manipulation, Kontrolle und Auslpünderung fortsetzen zu können."**

Die UNO-Sondertagung hat gezeigt, daß diese Pläne der beiden Supermächte und der anderen Imperialisten immer mehr zum Scheitern verurteilt sind. **Es ist ein großartiger Erfolg, daß die Länder der Dritten Welt in ihrem Kampf gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung insbesondere der beiden Supermächte mit dieser Sondertagung der UNO einen weiteren Aufschwung genommen haben, daß sich die Länder der Dritten Welt um ihr gemeinsames Kampfprogramm noch enger zusammengeschlossen haben.**

Einen großen Anteil an diesem Erfolg haben die sozialistischen Länder, die Volksrepublik Albanien und vor allem die Volk republik China, die fest an der Se te der unterdrückten Länder un Nationen im Kampf gegen den In perialismus vorangehen, die une müdlich die Machenschaften d sowjetischen Sozialimperialism aufdecken, ihm die Maske des S zialismus herunterreißen und ih als größten Feind der Völker n ben dem US-Imperialismus entla ven und bekämpfen.

"China ist ein sozialistischer Sta und zugleich ein Entwicklungsland. Ch na gehört zur Dritten Welt. Die chin sische Regierung und das chinesisch Volk, die sich stets von den Lehren de Vorsitzenden Mao leiten lassen, unte stützen entschieden alle unterdrückte Völker und Nationen im Kampf zur E langung und Verteidigung der nation len Unabhängigkeit, für die Entwicklun der nationalen Wirtschaft sowie gege Kolonialismus, Imperialismus und H gemonismus. Das ist unsere internati nalistische Pflicht. China ist keine Su permacht und wird es auch in der Zu kunft nicht sein. Was ist eine Supe macht? Eine Supermacht ist ein im perialistisches Land, das überall m Aggression, Intervention, Kontroll Subversion und Ausplünderung gege andere Länder vorgeht und die Vo herrschaft über die Welt anstrebt. Wir in einem großen sozialistischen Lan der Kapitalismus restauriert, wird sich unvermeidlich in eine Supermach verwandeln. Die Große Proletarisch Kulturrevolution der vergangenen Jahr und die Bewegung zur Kritik an Li Biao und Konfuzius, die zur Zeit gar China erfaßt, sind darauf gerichtet, d Restauration des Kapitalismus zu ve hindern, das sozialistische China dave zu bewahren, daß es die Farbe wec selt, und sicherzustellen, daß China im mer auf der Seite der unterdrückte Völker und Nationen steht.

Wir empfehlen zum Studium:

Rede von Deng Hsiao-ping, dem Leiter der Delegation der Volksrepublik China auf der Sondertagung der UNO-Vollversammlung
Peking Rundschau Nr.15, S.8

Rede des albanischen Außenministers auf der Sondertagung der UNO-Vollversammlung
Peking Rundschau Nr.17, S,17.

zu bestellen bei:
Gesellschaft für die Verbreitung des **wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49**
Postscheckkonto Hamburg Nr. 1935 72 – 207

GRUPPE ROTE FAHNE DORTMUND

Immer tiefer in den Sumpf des Revisionismus

Daß am 1. Mai dem vom imperialistischen DGB-Apparat inszenierten Regierungsmai der revolutionäre Rote 1. Mai der Arbeiterklasse entgegengesetzt wurde, wurde auch von vielen Kollegen begrüßt, die sich in diesem Jahr noch nicht entschließen konnten, sich aktiv in die roten Maidemonstrationen einzureihen. Aber mancher Kollege wird sich fragen, warum zum internationalen Kampftag der Arbeiterklasse nicht zumindest ein einheitliches Vorgehen de: Organisationen möglich gewesen ist, die den Anspruch erheben, revolutionär, antiimperialistisch oder gar kommunistisch zu sein – wie z.B. die Gruppe Rote Fahne Dortmund.

Wir sind im Roten Morgen wiederholt auf die schweren revisionistischen und trotzkistischen Tendenzen der Gruppe Rote Fahne Dortmund, die in dreister Weise den ruhmvollen Namen KPD mißbraucht, eingegangen. Das Zentralkomitee unserer Partei hat an die Führer der GRFD einen Vorschlag zur Bildung einer Aktionseinheit am 1. Mai gerichtet (RM Nr. 14), in dem die minimalen Bedingungen einer Aktionseinheit genannt worden sind.

Unabdingbar war für unsere Partei stets, daß zu den modernen Revisionisten von der D'K'P und den Trotzkisten der verschiedenen Gruppierungen ein klarer Trennungsstrich gezogen wird. Obwohl die GRF in ihrem Zentralorgan heuchlerisch erklärt hat, mit der D'K'P käme ein Bündnis nicht in Frage, hat sie in vielen Städten wie z.B. in Mannheim und Stuttgart Bündnisangebote an die D'K'P-Revisionisten und die Trotzkisten gemacht. Die Stuttgarter GRF-Führung hält es nicht einmal für nötig, diese Todfeinde der Arbeiterklasse und des Kommunismus auszunehmen, wenn sie von der „gemeinsamen Aktion aller demokratischen, antiimperialistischen, sozialistischen und kommunistischen Organisationen" spricht.

Wir wollen hier zitieren, was unsere Mannheimer Genossen dem dortigen „Freundeskreis der Roten Fahne" entgegenhielten: „Nach unserer Ansicht stehen diese Organisationen und ihre Führer auf der anderen Seite der Barrikade, deren ausschließliche Aufgabe es ist, die Arbeiterklasse vom revolutionären Kampf und ihrer revolutionären Organisierung abzuhalten... Mit den modernen Revisionisten der D'K'P und den Trotzkisten gibt es nichts, was uns eint, nicht einen einzigen Punkt..." Die Mannheimer Genossen haben völlig recht. Diese Agenten der Bourgeoisie haben nur eine Aufgabe: die revolutionäre Arbeiterbewegung zu bekämpfen, die proletarische Revolution zu verhindern.

Keinen Zweifel gab es in unserer Partei auch darüber, daß eine Teilnahme am Regierungsmai nicht in Frage kommt, auch nicht unter dem Vorwand der Bildung eines „oppositionellen Blocks". Unsere Partei hat klar gesagt, daß der imperialistische DGB-Apparat ein Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeiterklasse ist, daß es nicht darum gehen kann, den DGB-Apparat durch die Korrektur einiger „undemokratischer Fehler" und durch die Abwahl einiger „arbeiterfeindlicher Führer" zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse zu machen.

Die GRF, die diese korrekte Linie allerdings nie vertreten hat, scheint jetzt zu einer völlig entgegengesetzten Einschätzung gelangt zu sein. So heißt es in einem u.a. an unsere Partei gerichteten Aktionseinheitsangebot der GRF-Leitung Stuttgart: „Die Gewerkschaften sind die Organisationen, in denen die Arbeiter und anderen Werktätigen zum Kampf um ihre Lebensinteressen vereint sind. Deshalb ist der gewerkschaftliche Kampf als entscheidender Bestandteil des umfassenden Kampfes des Volkes zu unterstützen. Gerade deshalb aber müssen auch die Führungen der Gewerkschaften bekämpft werden an den Punkten, wo sie gegen Interessen der Mitglieder angehen. Das betrifft heute vor allem die gewerkschaftliche Demokratie, die immer weiter eingeschränkt wird."

Daß für die Arbeiterklasse im Kampf für ihre Tagesforderungen und im Kampf für die proletarische Revolution, den Sozialismus, die Gewerkschaften von großer Bedeutung sind, ist selbstverständlich. Gerade darum propagiert unsere Partei den Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition, um die Kollegen im Kampf gegen den imperialistischen DGB-Apparat auf revolutionärer 'Grundlage zusammenzuschließen. Aber die zitierten Ausführungen der GRF-Leitung Stuttgart müssen ja wohl so verstanden werden, daß hier der DGB als eine Gewerkschaft angesehen wird, die die Klasseninteressen der Arbeiterklasse im Großen und Ganzen vertritt. Nicht einmal die Gewerkschaftsführung ist nach Ansicht der Stuttgarter GRF-Führung durch und durch arbeiterfeindlich, sondern soll angeblich nur punktuell gegen die Interessen der Mitglieder vorgehen. Folglich dürfen sie auch nur an einigen Punkten (Abbau der innergewerkschaftlichen „Demokratie") bekämpft werden. **Das allerdings hat mit revolutionärer Gewerkschaftspolitik nichts zu tun. Diese Politik kennen wir bereits – von den D'K'P-Revisionisten.**

Völlig im Gegensatz zur revolutionären, marxistisch-leninistischen Linie unserer Partei steht auch die Einschätzung, die die Ortsleitung Stuttgart der GRF zum bürgerlichen Staat von sich gibt. In ihrem Aktionseinheitsangebot heißt es: „ ... denn noch heute hört die ‚Demokratie' vor dem Betrieb auf..." **Unsere Partei hat seit ihrer Gründung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus immer wieder erklärt, daß auch die sogenannte bürgerliche Demokratie nichts anderes ist als die Diktatur der Kapitalistenklasse über die Werktätigen, daß die Arbeiterklasse diesen kapitalistischen Staat in der proletarischen Revolution zerschlagen und ihren Staat, die Diktatur des Proletariats errichten muß, daß es erst im Sozialismus Demokratie für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen geben wird.** Wenn die Ortsleitung Stuttgart der GRF bedauernd feststellt, daß die „Demokratie vor dem Betrieb aufhört", dann ist sie offensichtlich der Ansicht, daß außerhalb der Betriebe durchaus Demokratie für die Arbeiterklasse besteht. Wenn sie ihrer „Feststellung" das Wörtchen „noch" hinzufügt, soll das wohl heißen, daß die Betriebe genau so „demokratisiert" werden sollen wie der Kapitalistenstaat.

Wer davon ausgeht, daß dieser Staat demokratisch ist, der wird natürlich auch nicht die Ansicht der Kommunisten teilen, daß die Regierung dieses Staates eine Steuerreform nur zu dem einen Zweck der verschärften Ausplünderung der werktätigen Massen plant, sondern er wird – wie es die GRF-Ortsleitung Stuttgart tut – die „Verschleppung der Sozial- und Steuergesetzgebung" kritisieren. Im übrigen wird noch kritisiert, daß dieser Sta den „Ölkonzernen freie Hand läßt' daß die „Schulpolitik der Landesregi rung sich gegen durchgreifende Refo men sträubt". Hier braucht es kein langen Erklärungen: **bis zum Hals steck die GRF hier im Sumpf des Revisioni mus, ein Unterschied zu den D'K'l Revisionisten ist kaum noch auszum chen.**

In dem ganzen Schreiben, daß di GRF in Stuttgart und in Mannhein dreist als „Grundlage für eine Aktion einheit zum 1. Mai" anbot, steht kei Wort von der Notwendigkeit der prol tarischen Revolution und des Soziali mus. Dafür finden die Autoren Zeit un Muße, sich über die „chaotische Stru turpolitik" der CDU-Landesregierun aufzuregen.

Wer so die proletarische Revolu tion und die kommunistische Idee ve rät, um sich dem modernen Revisioni mus an den Hals zu werfen, der verr auch zwangsläufig die Tageskämpfe d Arbeiterklasse.

Während die ÖTV-Bonzen de letzten Abschluß nur mit knapper Nc durch die Urabstimmung kriegten, we er von der Mehrheit der Kollegen abg lehnt wurde, preist ihn die GRI Ortsleitung Stuttgart in einem Flu blatt zur Metalltarifbewegung als „gut Ergebnis". Und wie die DGB-Bonze sorgt sie sich um die Stabilität des K pitalismus. In dem Flugblatt heißt e „Die 170 DM wurden real im öffen lichen Dienst zugestanden, und es so niemand mehr riskieren, davon zu spr chen, daß solch eine Forderung nich ‚stabilitätskonform' ist. Solch eine E höhung ist realistisch und durchset bar..."

Auf dieser Grundlage allerding auf der Grundlage des Verrats an de Interessen der Arbeiterklasse und an Kommunismus ist eine Aktionseinhe mit der Partei der Arbeiterklasse, de Kommunistischen Partei Deutschland Marxisten-Leninisten, nicht möglich – weder zum 1. Mai, noch zu irgend eine anderen Gelegenheit.

GEGEN FASCHISMUS HILFT NUR GEWALT

Hamburg Trotz Riesenaufgebot von Polizei

Faschistentreff erfolgreich verhindert

Am 7.5. hatten Faschisten ("Junge National-Demokraten") eine Veranstaltung in Hamburg geplant. Für die Genossen der KPD/ML war klar, diese Versammlung wird verhindert!

Mit der Parteifahne voran zogen die Genossen zum angekündigten Versammlungsort. Zusammen mit rund 500 Antifaschisten, zum großen Teil Mitglieder des neorevisionistischen Zirkels "Kommunistischer" Bund und GRFD, wurden vor den Eingangstüren Ketten gebildet. Es wurden revolutionäre Parolen gerufen, der Rote Morgen verkauft. Viele Passanten und Anwohner blieben stehen und diskutierten mit unseren Genossen.

Dann rückte die Polizei mit fast 20 Streifenwagen, mehreren Mannschaftswagen, 2 Wasserwerfern und 3 Tankwagen der Feuerwehr zum Schutz der Faschisten an. Mit einem LKW und zahlreichen Mannschaften verstellten sie den Eingang zum Hinterhof, so daß die Genossen, die den Hintereingang abriegelten, eingeschlossen waren.

Wenn es der Polizei gelang, 10 Faschisten durch die Ketten hindurch in den Saal zu prügeln, dann lag das vor allen Dingen an dem Opportunismus der Zirkelhäuptlinge, die jeder Auseinandersetzung mit der Polizei aus dem Weg gingen. Sie gingen sogar soweit, die Parole der Partei: "Antifaschisten die Faust geballt - gegen Faschismus hilft nur Gewalt" als Provokation zu bezeichnen. Schon gar nicht kam es ihnen in den Sinn, klar zu sagen, was die einzige Alternative zum Faschismus ist - der Kommunismus.

Zwei Stunden wurde das Haus besetzt gehalten. Die Faschisten, die die Polizei ins Haus geschleust hatte, flohen durch die Fenster. Die Veranstaltung war erfolgreich verhindert worden.

Unter dem Ruf "Straße frei" wurden jetzt die Polizisten vertrieben, die die Genossen auf dem Hinterhof eingeschlossen hatten.

In einer Demonstration, in die sich auch etliche Passanten einreihten, wurde, umlagert und verfolgt von wutschnaubenden Polizisten und einer Armada von Dienstwagen, gegen Faschismus und Polozeiterror demonstriert.

Während der ganzen Aktion war es der Polizei nicht gelungen, auch nur einen einzigen Genossen festzunehmen. Faschisten und Polizei waren eine Niederlage bereitet worden. Genauso aber auch allen Opportunisten, die in den Fußstapfen der D'K'P versuchen, den Massen einzureden, die faschistischen Banden könnten bekämpft werden, ohne daß gleichzeitig der Kampf gegen den kapitalistischen Staat geführt wird.

NIE WIEDER FASCHISMUS !

NIE WIEDER KRIEG !

KAMPF FÜR DEN ARBEITERSTAAT BIS ZUM SIEG !

Sofortige Freilassung der türkischen Antifaschisten!

Am 5. Mai versuchte die Polizei in Köln, türkische Antifaschisten in einer Nacht- und Nebelaktion zu verschleppen und einzukerkern. Daß die Verhaftungen bekannt wurden, ist nur dem Zufall zu verdanken: ein deutscher Student wurde „aus Versehen" bei der Razzia festgenommen und konnte später die Freunde der eingekerkerten antifaschistischen Studenten benachrichtigen. Mit Sicherheit sitzen die Studentin Hatice Yarttas, der Arbeiter Mustafa Tukun und Yüksel Ugurlu in einem Kölner Gefängnis, weitere Verhaftungen müssen angenommen werden, da im Polizeirevier eine Verhaftetenliste mit mindestens 9 Namen gesehen wurde.



Türkische Patrioten und Antifaschisten auf der Roten 1. Maidemonstration in Duisburg.

Am gleichen Wochenende provozierten türkische Faschisten in Hamburg eine Schlägerei bei einer Vollversammlung der „Türkischen Arbeitervereinigung", die eng mit dem türkischen Konsulat zusammenarbeitet. Um die geplante Vorstandswahl ganz nach den Wünschen der Faschisten zu manipulieren, sollten bei der Wahl nur etwa 100 ausgewählte Türken teilnehmen, auf die der alte, faschistische Vorstand zählte. Als „unerwünschte" türkische Arbeiter diese Wahlfarce zunichte machten und in den Saal eindringen wollten, begannen die anwesenden Faschisten mit Stühlen und Knüppeln eine wüste Schlägerei. Ein Türke wurde bewußtlos geschlagen und mit 7 Schädelbrüchen ins Krankenhaus eingeliefert. Es besteht kaum noch Hoffnung, daß sein Leben gerettet wird. Die bereitstehende Polizei verhaftete sofort fünf türkische Arbeiter, von denen keiner zu den Schlägern gehörte, im Gegenteil, einer von ihnen ist selbst erheblich verletzt.

Polizei der westdeutschen Imperialisten Seite an Seite mit türkischen Faschistenbanden – es ist nicht das erste Mal, daß die BRD-Kapitalisten offen das türkische Regime unterstützen, türkische Patrioten einkerkern und ihre Organisationen verfolgen. Seit Monaten sitzen die türkischen Patrioten Yildirim Dagyeli und Himmit Subasi im Gefängnis wegen „Verdachts auf Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung". Damit hat die Bourgeoisie eine klare Verbotsdrohung gegen die Patriotische Einheitsfront der Türkei ausgesprochen. Wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" werden auch die drei türkischen Antifaschisten verfolgt, die jetzt im Kölner Gefängnis sitzen. Der Staatsanwalt verweigert jede Auskunft. Da jedoch die Studentin Hatice Yurrtas Mitglied der ATÖF, der antifaschistischen türkischen Studentenorganisation in der DBR ist, ist klar, daß auch diese Organisation auf der Verbotsliste der westdeutschen Imperialisten steht.

Mit dem Faschistenparagraph 129, den sich die Bourgeoisie zur Verfolgung fortschrittlicher und revolutionärer Organisationen geschaffen hat, versuchen die westdeutschen Imperialisten, ausländische antifaschistische Organisationen zu zerschlagen, den Faschistenregimes in aller Welt bei der Unterdrückung der Völker zu helfen. Wie sich die Interessen der westdeutschen Imperialisten und der türkischen Faschistenclique decken, sieht man an einem einfachen Beispiel: Seit 1968 ist die DBR mit Abstand der größte Handels„partner" der Türkei und der größte Investor. Dieser Profitgier sollen die türkischen Antifaschisten geopfert werden.

Doch die westdeutschen Imperialisten haben die Rechnung ohne das deutsche Volk gemacht! Die wachsende politische Unterdrückung fortschrittlicher ausländischer Kollegen und Studenten ruft immer mehr Solidarität unter den Volksmassen hervor. Als die Verhaftungen in Köln bekannt wurden, organisierten die Partei und andere Organisationen sofort eine Protestdemonstration. 600 Menschen forderten die sofortige Freilassung der eingekerkerten türkischen Antifaschisten. Daß bei dieser machtvollen Solidaritätsaktion die Polizei durchsetzte, daß unverschämte Auflagen akzeptiert wurden wie „Demonstrationsverbot in der Fußgängerzone" ist einzig und allein dem Verrat der Führer der GRF und des 'K'BW zu danken, die diese Provokation hinnahmen, vor ihren Mitgliedern verschwiegen und sogar behaupteten, ein Vorgehen gegen diese Provokation „gefährde die türkischen Antifaschisten".

Nicht der konsequente Kampf gegen die politische Unterdrückung gefährdet die türkischen Freunde und Genossen, sondern der Opportunismus dieser Zirkel- und Spalterhäuptlinge!

SOFORTIGE FREILASSUNG ALLER EINGEKERKERTEN TÜRKISCHEN PATRIOTEN UND ANTIFASCHISTEN!

PROTESTIERT BEI DER STAATSANWALTSCHAFT KÖLN,
5 Köln, Appelhofplatz, Abt. 205 gegen die Verhaftungen;
beim Polizeipräsidium Köln, Waidmarkt
und beim Innenministerium von Nordrhein-Westfalen, 4 Düsseldorf.

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

WUPPERTAL: „Nehmen Sie doch Rücksicht auf den Herrn Richter, der war schließlich 12 Jahre in Sibirien." Mit solcher antikommunistischen Hetze versuchte der Staatsanwalt im Prozeß gegen 3 Hausbesetzer, der „Initiative selbstverwaltetes Jugendzentrum", jede Agitation und Propaganda vor Gericht zu verbieten.
Während bei den beiden ersten eine „Beweisaufnahme" erfolgte, wurde sie bei dem letzten, einem Genossen, mit zynischen Mitteln verhindert. Auch das Recht auf das „letzte Wort" wurde dem Genossen untersagt, mit dem „Argument", was er hier vortragen würde, gehe sowieso aus seinen Akten hervor. Alle 3 wurden zu einer Geldstrafe von 300 DM verurteilt.
Eine unverschämte Sabotage am Kampf gegen die Klassenjustiz beging eine trotzkistische Spaltergruppe bei diesem Prozeß. Statt das Willkürurteil anzuprangern, veröffentlichte sie nach der Urteilsverkündung ein Flugblatt im Jugendzentrum, in dem sie den angeklagten Genossen, der konsequent vor Gericht aufgetreten war, namentlich als „Mitglied der KPD/ML" zu denunzieren versuchte. Außerdem wird in dem Flugblatt behauptet, der Genosse hätte versucht, sich als Rädelsführer herauszustellen, und sein mutiger Kampf sei eine Provokation des Gerichts gewesen, allein deshalb seien die beiden anderen Hausbesetzer so hoch verurteilt worden!

KIEL: Gegen seine Verurteilung wegen der Teilnahme an einer Rektoratsbesetzung hatte Genosse K. Berufung eingelegt. Statt einen Verhandlungstermin anzusetzen, forderte der Richter am Kieler Landgericht Genossen K. auf, sich „zu entschuldigen und damit die Sache aus der Welt zu schaffen" – entschuldigen bei einem Denunzianten, den der Genosse „lichtscheues Gesindel" genannt hatte! Genosse K. wurde zu einer „persönlichen Rücksprache" gebeten, um diese „Entschuldigung" zu formulieren – eine offene Aufforderung zu Denunziantentum und Verrat.

HAMBURG: Erneut läßt die Justiz der westdeutschen Imperialisten einen Naziverbrecher ungeschoren. Das Verfahren gegen SS-Gruppenführer Bruno Streckenbach soll wegen Krankheit des Angeklagten eingestellt werden. Streckenbach ist angeklagt des „gemeinschaftlich begangenen Mordes an mindestens einer Million Menschen."

HAMBURG: Auf Grund der Empörung vieler fortschrittlicher Menschen waren die Hamburger Gerichte gezwungen, ein Verfahren gegen einen Nazirichter anzustrengen, der noch vor wenigen Wochen die KZ's der Hitlerfaschisten gelobt hatte. Daß dieses Verfahren nur eine Farce war, um die Wut zu dämpfen, daß der Erlaß zur Nichtbeschäftigung von „Rechts- und Linksextremisten im Staatsdienst" ausschließlich für Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen zurechtgezimmert wurde, zeigt das Ergebnis: Der faschistische Richter bleibt im Amt, bei einer vorübergehenden Gehaltskürzung!

Berufsschulklasse im Antikriegstagsprozeß

Eine Münchner Maschinenschlosserklasse hörte im Sozialkundeunterricht von der gerechten Justiz. Die Schüler glaubten ihrem Lehrer nicht so recht, sondern verlangten, einmal selbst eine Gerichtsverhandlung sehen zu dürfen. Die Klasse setzte es schließlich durch und ging mit ihrem Lehrer in den Kercher-Prozeß.

Als sie ankamen, war gerade Verhandlungspause. Das nützte Genosse Kercher gleich aus, versammelte die Klasse um sich und klärte sie auf über den Roten Antikriegstag, über den Terror der Klassenjustiz und die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt. Als er das an Hand von illegalen Streiks erklärte, sahen das alle Lehrlinge ein, nur der Lehrer nicht. Sofort, als die Verhandlung anfing, stürzten die Bullen an die Tür und ließen die Klasse nicht herein.

Der Verteidiger Lang verlangte sofort, daß die Klasse zum Prozeß zugelassen werde. Darauf zog sich das Gericht eine dreiviertel! Stunde zur „Beratung" zurück.
Ergebnis: Die Klasse wird..nicht zugelassen, die Öffentlichkeit sei schon hergestellt, weil schon einige Zuschauer drinsitzen. So sitzt der bürgerlichen Klassenjustiz die Angst vor dem Volk im Genick. Die Genossen machten aber dann Plätze frei und die Hälfte der Klasse konnte am Prozeß teilnehmen.

Ihnen gingen wirklich die Augen auf, als sie das Gericht kennenlernten, als sie hörten, daß sich Genosse Kercher 1 1/2 Jahre lang dreimal in der Woche bei der Polizei hatte melden müssen.

Bei dem Wort Gericht werden sie in Zukunft an Bullenaufgebot, Gesinnungsterror und Klassenjustiz denken. Einige waren so aufgerüttelt, daß sie sogar nach Schulschluß noch dablieben, obwohl am nächsten Tag theoretische Zwischenprüfung war. Nach der Verhandlung gingen noch einige Lehrlinge mit den Genossen auf ein Bier, um mit ihnen darüber zu diskutieren. Eine Woche später noch wurde über den Prozeß erzählt. Viele wollen zu weiteren politischen Prozessen kommen.

Auf das Solidaritätskonto des Roten Morgen gingen folgende Spenden ein:
Veranstaltung Bielefeld (für Oßwald/Schulte-Prozeß) April 145 DM, G.J., Westberlin, 19.4., 61 DM – Rote Garde Gelsenkirchen, 23.4., 50 DM – OG Münster der KPD/ML 24.4., 76,94 DM – Kunden des Buchladen Roter Morgen, München, 244 DM.
Summe: 576,94 DM.

Spenden für politisch Verfolgte an:
Konto Karin Sandmann
Dresdner Bank
Zweigstelle 46 Dortmund, Borsigplatz, Kto Nr. 81 355 107.

Zur Finanzierung der Kampagne zum Roten 1. Mai gingen seit dem 29. 4. folgende Spenden ein:
Rote Garde Selb, 29.4., 70 DM – Veranstaltung der RG Troisdorf, 29.4., 31 DM – Veranstaltung in Köln-Ehrenfeld, 29.4., 34 DM – M.M., Schleswig, 29.4., 100 DM – G.J., Bremen, 2.5., 10,98 DM – 1. Mai-Veranstaltung der Zelle TN Oberhausen, 2.5., 50 DM – 1. Mai-Veranstaltung der Zelle MRW-Mülheim, 2.5., 37,80 DM – Kunden des Buchladen Roter Morgen, München, 2.5., 88,26 DM – Veranstaltung am 23.4. in Kiel-Friedrichsort, 2.5., 214,26 DM, Veranstaltung zum roten 1. Mai am 26.4. in Frankfurt, 2.5., 269 DM – Stadtteilzelle Wedding der RG Westberlin, 9.5., 1.000 DM – G.M., Westberlin, 9.5., 927 DM.
Summe: 2.882,30 DM.

25 Jahre Spalterverfassung: "Wir unterschreiben nicht die Spaltung Deutschlands"

"Wir unterschreiben nicht die Spaltung Deutschlands" – mit diesen Worten verweigerten die beiden Vertreter der damals noch revolutionären KPD am 23.5.49 ihre Unterschrift unter das Grundgesetz. Hinter ihnen stand die Mehrheit des deutschen Volkes. Auf der anderen Seite der Barrikade standen die Westmächte, allen voran die US-Imperialisten, und die deutsche Monopolbourgeoisie, die in der Spaltung der Nation und der Unterwerfung Westdeutschlands unter amerikanische Herrschaft den einzigen Weg sah, ihre Macht wieder zu errichten.

Die Verabschiedung des Grundgesetzes, vom Volk als Spalterverfassung bezeichnet, bedeutete einen vollständigen Bruch des Potsdamer Abkommens.

Im Potsdamer Abkommen hatte es ausdrücklich geheißen: "In der Periode der Okkupation muß Deutschland als ein einheitliches, wirtschaftliches Ganzes betrachtet werden." Das Potsdamer Abkommen forderte gleichzeitig die Bestrafung der Faschisten sowie die Beseitigung der Grundlagen des Faschismus. Es forderte die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung und den Abschluß eines Friedensvertrages.

Mit einem Wort, nach dem Willen des Potsdamer Abkommens sollte an die Stelle des aggressiven Hitlerfaschismus ein friedliebendes, demokratisches Deutschland in den Händen des Volkes treten.

Ein solches Deutschland stand natürlich nicht im Interesse der Westmächte. Um ihre imperialistischen Pläne durchzusetzen, hatten sie bereits während des 2. Weltkrieges begonnen, eine wilde Hetzkampagne gegen das deutsche Volk zu entfachen, das angeblich die "Schuld des Faschismus auf sich geladen habe."

Gegen solche Verleumdungen, die keinem anderen Zweck dienten, wie sich alsbald herausstellte, als die Hitlerfaschisten und die Kriegsverbrecher zu schützen und das Volk zu unterdrücken, erklärte Stalin bereits 1942: **"Es wäre lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volk, mit dem deutschen Staat gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt bestehen."** Gemäß dieser politischen Linie wurde im Osten Deutschlands unter dem Schutz der Roten Armee und der bewaffneten Einheiten des deutschen Volkes selber, das Potsdamer Abkommen Schritt für Schritt durchgeführt.

Anders in den Westzonen. Hier hatten die US-Imperialisten, aber auch die französischen und britischen Imperialisten andere Pläne. Der Westen Deutschlands sollte zu einem Militärstützpunkt der US-Imperialisten in Europa werden, zum Aufmarschgebiet gegen die damals sozialistischen Länder, zur Niederhaltung der Völker Westeuropas. **Der amerikanische General Collins 1950: "Es ist genug, daß wir Waffen liefern, unsere Söhne sollen nicht in Europa verbluten, es gibt genug Deutsche, die für die USA-Interessen sterben können."**

Um diese Pläne durchsetzen zu können, war von Anfang an die Spaltung Deutschlands, die Eingliederung Westdeutschlands in die EWG und später in die NATO und die brutale Unterdrückung des Volkes geplant.

Weil diese Pläne der Westmächte auf der Hand lagen, war der Kampf um die Einheit der Nation von Anfang an ein Kampf gegen den imperialistischen Krieg, ein Kampf aber auch zum Sturz der deutschen Monopolbourgeoisie. Denn, daran ließ die KPD auch bei der Debatte um die Verabschiedung des Grundgesetzes keinen Zweifel: Ohne den Verrat der deutschen Monopolbourgeoisie an den Interessen der Nation hätte es keine Spalterverfassung und keine Spaltung Deutschlands gegeben.

Das deutsche Volk, im Osten wie auch im Westen, kämpfte für die Durchführung des Potsdamer Abkommens. In vielen Betrieben organisierten sich die Arbeiter und andere Werktätige um die Losung "Weg mit den Ausbeutern". Es kam zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Besatzern und den kämpfenden Massen.

Untrennbarer Bestandteil dieses Kampfes war der Kampf für die Einheit Deutschlands. Der Wille nach Einheit dokumentierte sich in der Begeisterung, mit der 9 Millionen Menschen 1951 an der Volksbefragung über die Einheit der Nation teilnahmen, obwohl sie verboten war. Sie dokumentierte sich in der gemeinsamen Teilnahme der deutschen Jugend an den Weltjugendfestspielen 1951 – trotz Verbot und strengster Kontrollen. Diese gewaltige Demonstration der Jugend aus Ost und West unter roten Fahnen in der Hauptstadt Berlin, sie verkörperte für das deutsche Volk den Beweis, daß das deutsche Volk – trotz aller militärischen, politischen aber auch ideologischen Angriffe durch den Imperialismus – nicht zu vernichten war, daß es eines Tages, frei von Besatzern und deutschen Ausbeutern in ganz Deutschland die siegreiche rote Fahne hissen würde.

Immer mehr Menschen im Westen Deutschlands reihten sich in diesen Kampf ein. Denn immer härter wurde es von der Ausplünderungs- und Kriegspolitik der westdeutschen Imperialisten und der US-Imperialisten betroffen. Für Truppenübungsplätze der USA wurden Tausende von Bauern enteignet. Über 80 000 deutsche Jugendliche wurden im Interesse der französischen Imperialisten in die Fremdenlegion geködert und nach Indochina verschleppt. über 30 000 verbluteten dort. In Deutschland selber waren 800 000 Jugendliche arbeitslos. Fortschrittliche deutsche Literatur wurde verboten, gefördert wurden amerikanische Comics, amerikanische Schlager.

Vom ersten Tag ihrer Gründung an kämpfte die KPD/ML für das vereinte, unabhängige, sozialistische Deutschland.

Unter solchen Bedingungen war der Haß des Volkes gegen die EVG (Europäische "Verteidigungsgemeinschaft') grenzenlos. Mit machtvollen Streiks und Demonstrationen wurde auf die Pläne zum NATO-Beitritt und zur Neuschaffung der Bundeswehr geantwortet. 15 Mio. Menschen nahmen an einer ebenfalls verbotenen Volksabstimmung gegen die EVG teil. 30 000 demonstrierten in Essen in der Friedenskaravane, wo der Kommunist Philip Müller im Kampf gegen die Remilitarisierung ermordet wurde

Die US-Imperialisten und die deutsche Monopolbourgeoisie wußten, sie würden ihre verbrecherischen imperialistischen Ziele niemals durchsetzen können, wenn sie nicht die Kommunisten ausschalten würden. Der Feldzug gegen die Kommunisten, gegen die revolutionäre KPD, die FDJ und andere Organisationen erreichte einen ersten Höhepunkt im Juni 1951 mit dem Verbot der FDJ und dem ersten Antrag auf das Verbot der KPD. 1952 begann dann auf der Grundlage der "Blitzgesetze", politischer Sonderstrafgesetze, ein Terrorfeldzug gegen alle Kommunisten, Antimilitaristen. 1956 kam dann das Verbot der KPD.

Ungefähr seit dieser Zeit, seit der Entartung der Sowjetunion, seit der Entartung der revolutionären KPD, hat das deutsche Volk für lange Jahre seine Vorhut im Kampf für die Einheit, Unabhängigkeit und soziale Befreiung der Nation verloren. Der Bau der Schandmauer in Berlin 1961 traf viele Deutsche in Ost und West wie ein Schock. Spätestens beim Einmarsch der Sowjetunion wurde vielen von ihnen klar, was dieser Mauerbau bedeutete. Er bedeutete eine Gefängnismauer für die Bevölkerung in der DDR. Er kennzeichnete das Aufeinanderstoßen der Militärblöcke zweier aggressiver Supermächte, den US-Imperialisten mit der Nato und den sowjetischen Sozialimperialisten mit dem Warschauer Pakt. **Er signalisierte, daß das deutsche Volk den Kampf um seine Einheit un Unabhängigkeit verstärken mußte, wollte es nicht in dem unausweichlichen kriegerischen Aufeinanderprallen dieser beiden Supermächte zum Kanonenfutter werden, wollte es nicht doch noch zum Opfer der revanchistischen "Wiedervereinigungspläne" der westdeutschen Imperialisten werden.**

Die KPD/ML hat darum vom ersten Tag ihrer Gründung an den Kampf für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland auf ihre Fahnen geschrieben.

D'K'P-Revisionisten: Verrat am Sozialismus und an der Einheit der Nation

Anders die modernen Revisionisten der D'K'P. Sie, die behaupten, sie seien die Fortsetzer der revolutionären Politik der KPD, erklären heute die Spaltung der Nation für besiegelt. Mit keinem Wort gehen sie in einem Artikel zur Geschichte des Grundgesetzes in der UZ auf den Kampf der KPD gegen diese Spalterverfassung ein. Im selben Artikel schreiben sie: "Jene, die in diesen Tagen die verlorene 'Deutsche Einheit' beklagen, vergießen Krokodilstränen. Sie selber haben nach der Adenauer-Devise 'Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb' im Namen der Ausbeuterinteressen und des Antikommunismus den einheitlichen deutschen Nationalstaat zerstört. Heute kann von der sogenannten 'Einheit der Nation' überhaupt keine Rede sein."

Was sind das für "Kommunisten", die behaupten, der Imperialismus könne ein Volk, eine Nation zerstören? Was sind das für "Kommunisten", die behaupten, die einzigen, die heute für die Einheit seien, seien die Imperialisten und damit jeden Kampf für die Einheit der Nation als volksfeindlich diffamieren wollen?

Stalin hat mit seinen Worten: "Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt bestehen", auch ihnen die richtige Antwort gegeben. Stalins Worte damals richteten sich vor allem warnend gegen die Imperialisten, die Deutschland teilen wollten, um darüber zu herrschen. Und den Standpunkt des Imperialismus vertritt auch die D'K'P, wenn sie das deutsche Volk und die deutsche Nation totsagt.

Die D'K'P kann an der zunehmenden Unruhe über die wachsende Kriegsgefahr im deutschen Volk nicht vorbei. Aber was sind ihre Empfehlungen? Im gleichen Artikel schreiben sie: "Es bedarf eigener, konstruktiver Beiträge der Bundesrepublik zur Abrüstung. Es bedarf der Lockerung der einseitigen Bindung an die Nato und an die USA. Es bedarf der Entwicklung guter Beziehungen zur krisenfesten, zur aufstrebenden Welt des Sozialismus."

Das ist wirklich ein Hohn auf die Erfahrungen und die Forderungen des deutschen Volkes. Als ob die Westdeutschen Imperialisten, die mit brutaler Unterdrückung des Volkes die Bundesrepublik wieder aufgerüstet haben, jetzt plötzlich auf ein Wort der D'K'P hin, ihre Waffen aus der Hand legen würden! Als ob der Imperialismus, die nie anders konnte, als seine Widersprüche auf dem Weg des Krieges zu lösen, plötzlich seine Natur ändern könnte! Und was heißt denn 'Lockerung der einseitigen Bindung an die USA und die Nato'? Das heißt nichts anderes, als daß die D'K'P mit der Stationierung der US-Truppen in Westdeutschland einverstanden ist, das heißt nichts anderes, als daß sie auch gegen die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der Nato und die Zusammenarbeit zwischen den westdeutschen Imperialisten und den US-Imperialisten grundsätzlich keine Einwände hat, wieviel sie auch über den Kampf der Bevölkerung gegen Truppenübungsplätze der Nato in der UZ schreiben mag. Sie will nur, daß diese Bindung nicht 'einseitig' bleibt. Die westdeutschen Imperialisten sollen das Volk auch noch an die zweite Supermacht, die sowjetischen Sozialimperialisten verschachern.

Das Programm der westdeutschen Imperialisten klingt nicht viel anders als das "Friedensprogramm" dieser Verräter an den Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes. Die westdeutschen Imperialisten wissen genau, daß die beiden Supermächte um die Vorherrschaft in Westeuropa streiten. Sie wissen, daß dieser momentan noch politische Streit eines Tages mit anderen Mitteln, mit den Mitteln des imperialistischen Krieges ausgetragen werden wird. Egal ist ihnen dabei das Schicksal des deutschen Volkes. Sie sehen nur ihre Chance, in der Ausnutzung der Rivalität der beiden Supermächte ihre eigenen imperialistischen Interessen besser durchsetzen zu können. In ihrem Verrat an der Nation unterscheiden sie sich nicht von der Honeckerclique in der DDR, die als Lakai Moskaus, um ihrer eigenen bourgeoisen Interessen willen, die Kriegsgefahr in Europa noch schüren.

Es ist klar, was sowohl die westdeutschen Imperialisten und die Honeckerclique in der DDR wie auch die beiden Supermächte am meisten fürchten: Den Kampf des deutschen Volkes in Ost und West für den Sturz der jeweiligen Ausbeuter- und Unterdrückerordnung, die Vertreibung der Truppen aus beiden Teilen Deutschlands und damit aus dem Herzen Europas. Damals wie heute wäre ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland der Schrecken aller Imperialisten und ein uneinnehmbares Bollwerk für alle imperialistischen Eroberungspläne. Es ist darum kein Wunder, wenn ihre Agentur in der Arbeiterbewegung, die D'K'P. den Gedanken an die Einheit der Nation im deutschen Volk genauso erbittert bekämpft wie den Gedanken um den Kampf für die sozialistische Revolution.

FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

PARTEIVERANSTALTUNG

NEUMÜNSTER:
„Deutschland dem deutschen Volk", 29.5., 20 Uhr im Weberhaus, Schleusberg 30.

PARTEIBÜROS:

DORTMUND:
Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/41 13 50. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14 – 18 Uhr, Sa 9 – 13 Uhr.

BIELEFELD:
Buchladen "Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr.

BREMEN:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70.
Öffnungszeiten: Sa 9 – 13.00 Uhr.

HAMBURG:
Stresemannstr. 110, Tel. 040 / 43 99 137.

HANNOVER:
Elisenstr. 20

Kiel:
Reeperbahn 13, Tel.: 0431/74762.
Öffnungszeiten: Mo – Fr 15.00 – 18.00 Uhr, Sa 9.00 – 13.00 Uhr.

LÜBECK:
Buchladen "Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MANNHEIM:
Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Di: 16.00 – 18.30 Uhr; Do: 16.00 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MÜNCHEN:
Tel.: 77 51 79
Buchladen ROTER MORGEN, 8 München 2, Thalkirchnerstr. 19. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

WESTBERLIN:
Tel: 462 60 810
Buchladen ROTER MORGEN, 1 Berlin 65 (Wedding), Schererstr. 10. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr; Sa: 10.00 – 14.00 Uhr.